Die Vergessenen – FarmarbeiterInnen im Südlichen Afrika

KASA
Kirchliche Arbeitsstelle
Südliches Afrika

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 4

Simone Knapp:
Zu wenig zum Leben... FarmarbeiterInnen in Südafrika 5

Christian Selz:
Namibia – Die Vergessenen 14

Prosper Matondi:
Simbabwe – Die Zeit heilt und schmerzt zugleich 24

Mwenda M. Mumbuna, Henry Machina:
Die sozioökonomische Situation der FarmarbeiterInnen in Sambia.
Eine Fallstudie der Amatheon Agri Farm in Mumbwa 37

Einleitung

Die Landfrage ist auf dem Hintergrund kolonialer Landenteignung und Apartheid eines der Schlüsselthemen für die gesamte Region des Südlichen Afrikas. Sie polarisiert die Debatten um die postkoloniale Transformation der Region. Für die Befreiungsbewegungen war die Landrückgabe eines der zentralen Versprechen in der Mobilisierung gegen die Kolonialmächte. In Regierungsverantwortung sicherten sich die ehemaligen Befreiungsbewegungen vor Wahlen mit der Erneuerung dieses Versprechens vor allem die Stimmen der Landbevölkerung. Doch eine echte Landreform – sieht man von der chaotischen und gewaltdominierten von 2000 in Simbabwe ab – hat in keiner ehemaligen Siedlerkolonie tatsächlich stattgefunden. Grundsätzlich besteht Konsens darüber, dass die Landfrage Priorität hat und neue Lösungsansätze braucht. Doch bisher fehlt es an Konzepten, die dieser Erkenntnis und vor allem den Bedürfnissen der auf dem Land Lebenden gerecht werden würde.

Simbabwe hat zwar die weitreichendste Umverteilung auf dem gesamten Kontinent erreicht. Das nachgeschobene Konzept ist aber alles andere als erfolgreich, denn die Regierung hat es versäumt, die neuen FarmerInnen zu unterstützen. Rechtsunsicherheit und Willkür prägen den Alltag der Menschen auf dem Land.

Namibia steht durch den Genozid – und vor allem durch die jahrzehntelange verweigerte Anerkennung – in einem ganz besonderen Verhältnis zu Deutschland, denn die heutige Landverteilung und die beschämende Situation der FarmarbeiterInnen haben dort ihren Ursprung.

Die Situation in Sambia unterscheidet sich dadurch, dass bereits in den 1970er Jahren das Land verstaatlicht und die Landwirtschaft staatlich gefördert worden war. Doch mit der sogenannten Demokratisierung in den 1990er Jahren hielt auch die Liberalisierung Einzug in die Wirtschaft und führt Land wieder dem Markt zu.

In Südafrika haben sich trotz des politischen Wandels vor über 20 Jahren die Lebensumstände und Besitzverhältnisse der großen Mehrheit der schwarzen Bevölkerung kaum verändert. Nach wie vor gehören der weißen Minderheit rund 80 Prozent des kultivierbaren Bodens. In den letzten zwölf Jahren sind nur gut vier Prozent umverteilt worden. Die Regierung hat zwar das Scheitern der bisherigen Landreform zugegeben, jedoch noch keine Wege aufgezeigt, die über eine reine marktorientierte Umverteilung hinausgehen würden.

In all den Diskussionen, die um die Landfrage geführt werden, findet die Situation der FarmarbeiterInnen nur wenig Beachtung. Viele von ihnen haben in den letzten Jahren meist illegal ihre Wohnorte und Lebensgrundlagen verloren. Auf manchen Farmen herrschen nach wie vor sklavenähnliche Verhältnisse. Auch der Streik der FarmarbeiterInnen im Jahr 2012, der im Postapartheid Südafrika zum ersten Mal öffentlichkeitswirksam auf deren Situation aufmerksam machte, hat deren Lage nicht wirklich verbessert. Aufgrund von bürokratischen und logistischen Hürden haben FarmarbeiterInnen keinen Zugang zu den ihnen in der jeweiligen Verfassung garantierten Rechte. Darüber hinaus sind die existierenden Gewerkschaften schlecht aufgestellt und kaum in der Lage, effektive Lobbyarbeit für FarmarbeiterInnen zu machen.

Entwicklungspolitisch ist es von zentraler Bedeutung, sich mit der Situation der FarmarbeiterInnen im Südlichen Afrika auseinanderzusetzen:

Erstens gilt es zu beachten, dass die massiven Menschenrechtsverletzungen in der Landwirtschaft im Südlichen Afrika ein ernst zu nehmendes Problem darstellen, da vor allem zwischen einerseits Namibia und Südafrika und der Europäischen Union, bzw. Deutschland direkte Handelsbeziehungen existieren. Früchte, Weine und Rindfleisch sind auf den deutschen Märkten zu finden und erreichen somit die hiesigen KonsumentInnen. Daher ergibt sich eine Notwendigkeit, hier bei uns über die Arbeitsbedingungen der FarmarbeiterInnen aufzuklären und die Macht der KonsumentInnen zu nutzen, um einen Beitrag zu Veränderungen im Südlichen Afrika zu leisten. Zweitens verfügen FarmarbeiterInnen über wertvolle Erfahrungen in der Landwirtschaft, da sie diejenigen sind, die die konkrete Arbeit auf den Farmen oft seit Generationen leisten. Wenn sie in die Landreformkonzepte mit einbezogen werden, wenn sie Landnutzungsrechte und Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten erhalten, können auch sie zur entwicklungspolitisch geförderten Ernährungssouveränität beitragen.

Mit je einer Studie aus Sambia und Simbabwe, einem Feature über die Situation in Namibia und einer Bestandsaufnahme der Debatte in Südafrika will diese Broschüre denen, deren Produkte auf unserem Tisch landen, ein Gesicht geben. Zudem will sie ihnen eine Plattform bieten und die Debatte anregen, wie unser Beitrag zur Verbesserung ihrer Lage aussehen könnte.

Simone Knapp

Zu wenig zum Leben… FarmarbeiterInnen in Südafrika

Simone Knapp

Die Studie von *Human Rights Watch* hat 2011 zum ersten Mal seit Ende der politischen Apartheid wieder die Aufmerksamkeit auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von südafrikanischen FarmarbeiterInnen gezogen. Darin wurden die dramatischen Lebensgrundlagen, die noch aus der Zeit des Sklavenhandels rühren und in den Enteignungen der Khoi- und San-Völker gründen, dokumentiert. Die Studie rief erwartungsgemäß unterschiedliche Reaktionen hervor: Die Moderateste war der Vorwurf, man könne nicht alle Farmen in einen Topf werfen. Doch dass die Situation eines demokratischen Staates, der eine der weitreichendsten Verfassungen weltweit hat, unwürdig ist, wurde besonders während des Farmarbeiterstreik 2012 deutlich. Immer noch herrschen sklavenähnliche Zustände auf den Farmen, obwohl sich die Situation für viele auf dem Land lebende Menschen durch die wirtschaftliche Liberalisierung der letzten zwanzig Jahre dramatisch verändert hat. Es war in der Geschichte Südafrikas das erste Mal, dass FarmarbeiterInnen auf die Straße gingen und dadurch in den Blick der öffentlichen Debatte rückten.

Für die deutsche kirchliche Anti-Apartheidbewegung waren die Lebensbedingungen auf den Farmen der Weißen, das „unfreie Arbeitssystem mit quasi-feudalen Strukturen und kapitalistischen Zügen“[1] der Grund, für Deutschland einen Früchteboykott zu organisieren, um damit exemplarisch das unmenschliche System der Rassentrennung zu enttarnen und zu bekämpfen. Und als es dann soweit war, die ersten freien Wahlen stattfanden, der ANC die Regierung mit einer überwältigenden Zustimmung übernahm, gingen viele zunächst davon aus, dass neben einer politischen auch eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformation stattfinden würde. Jetzt konnten wieder Wein und Früchte aus Südafrika gekauft werden, ja viele gingen sogar davon aus, dass sie damit auch die FarmarbeiterInnen und die durch eine Landreform profitierenden neuen schwarzen Farmer unterstützen würden. „Umso mehr entsetzt mich, dass nach so vielen Jahren wohl noch auf den meisten Farmen die alten unterdrückerischen Methoden genützt werden wie zu Apartheidzeiten, auch durch eine angeblich liberale Regierungschefin in der Kapprovinz unterstützt,“ meint Ursula Trautwein, eine der Boykottfrauen der ersten Stunde.

Gut zwanzig Jahre nachdem Präsident Mandela seinen Amtseid leistete, bricht eine Welle von Streiks und sogenannten *service delivery* Protesten über Südafrika herein und enttarnt das wahre Gesicht des neoliberalen Staates: er lässt auf streikende ArbeiterInnen in Marikana oder demonstrierende Studierenden vor dem Parlament schießen, weil sie eine echte Transformation und mehr sozioökonomische Gerechtigkeit einfordern und damit die Privilegien der neuen schwarzen und alten weißen Eliten in Gefahr zu bringen drohen.

Doch was würde eine sozioökonomische Transformation für die Landwirtschaft Südafrikas bedeuten, wie müsste sie aussehen, damit auch die ArbeiterInnen davon profitieren und ein menschenwürdiges Leben führen könnten?

Seit dem Streik 2012 ist viel dazu geforscht worden, es liegen umfangreiche Studien[2] besonders zum Western Cape vor, denn nach wie vor ist dies die Region mit den meisten Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft. Gleichzeitig ist es auch die Region, die ihre Produkte in großem Stil nach Europa und Deutschland exportiert. Südafrikanischer Wein ist inzwischen auch in deutschen Gourmetrestaurants angekommen und ist fester Bestandteil der Fair Trade Läden. In diesem Kapitel sollen die Forschungsergebnisse zusammen getragen und für ein deutsches Publikum zugänglich gemacht werden.

Landwirtschaft heute – ein Überblick

Land war und ist ein ambivalenter Faktor in Südafrikas wechselvoller Geschichte. Zwar ging es im Befreiungskampf rhetorisch auch um die Rückgabe des während der Kolonial- und Apartheidzeit enteigneten Landes[3], doch gleichzeitig spielten die Menschen in den ländlichen Gebieten und vor allem die ArbeiterInnen auf den Farmen – und damit auch ihre Bedürfnisse und Vorstellungen – eine eher marginale Rolle.

In Südafrika leben derzeit etwa 2,7 Millionen Menschen (5,28 Prozent) in und um kommerzielle Farmen, davon die überwiegende Mehrheit direkt auf Farmen (zwei Mio., inkl. Farmer und deren Familien)[4], über 90 Prozent sind südafrikanische StaatsbürgerInnen. Und gleichzeitig zählen diese Menschen zu den ärmsten des Landes. Statistisch gesehen leben 70 Prozent der Armen auf dem Land, obwohl dort die Lebensmittel produziert werden. Darüber hinaus hat Südafrika aber insgesamt eine unterdurchschnittliche Beschäftigungsrate und ist auch in anderen Sektoren nicht in der Lage, die Wachstumsraten in die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu verwandeln.[5]

Die kommerzielle Landwirtschaft ist nach wie vor der Sektor, in dem die meisten ArbeiterInnen beschäftigt sind (sieben Prozent der in Südafrika formal Beschäftigten) und der am wenigsten transformiert wurde: Bisher wurden nur etwa fünf

So leben die Farmarbeiterfamilien auf der Wonderkop-Farm bei Robertson

Hunger im Land des Überflusses. Western Cape

Prozent Land kommerzieller Farmen (vier Mio. Hektar) übertragen. Insgesamt hat die Landreform sieben von den bis 2015 angestrebten 30 Prozent des enteigneten Landes zurückgegeben.

Die Landwirtschaft trägt etwa drei Prozent zum Bruttosozialprodukt bei, die auf den rund zwölf Prozent landwirtschaftlich nutzbaren Flächen erwirtschaftet werden. Schaut man sich den Export an, so hat die Landwirtschaft einen durchschnittlichen Anteil von 6,5 Prozent. Die größte Produktgruppe sind dabei Wein, Früchte, Mais, Trauben und Zucker.[6]

Die Produkte werden in unterschiedlichen Regionen mit unterschiedlichen Strukturen produziert. Das Western Cape ist besonders für den arbeitsintensiven Anbau von Wein und Zitrusfrüchten bekannt. Dabei steht Südafrika weltweit mit Wein an neunter Stelle. Landesweit sind hier die Gewerkschaften am stärksten und zahlen die Farmer die höchsten Löhne. Im Eastern Cape, in Limpopo und Mpumalanga hingegen werden Früchte und Gemüse hauptsächlich für den heimischen Markt angebaut. Viele ArbeiterInnen in Limpopo sind in jungen Jahren aus Mosambik gekommen, besitzen nach wie vor keine Papiere und sind dadurch sehr vulnerabel und noch mehr von den Farmern abhängig. Im Free State werden hauptsächlich Feldfrüchte wie Kartoffeln, Soja, Sorghum, Sonnenblumen und Weizen für den heimischen Markt angebaut. Auch die großen Viehzüchter kommen aus dem Free State. Darüber hinaus werden hier auch Blumen für den Export gepflanzt. Die Landschaft in KwaZulu Natal ist geprägt durch die Zuckerrohfelder. KwaZulu Natal betreibt am meisten Landwirtschaft, gefolgt von Eastern Cape und Limpopo, wobei die beiden letztgenannten die ärmsten Provinzen Südafrikas sind.[7]

Schaut man sich die Struktur der Betriebe an, so sind die obersten 20 Prozent (7000) fast ausschließlich weiße Farmen in Privatbesitz. Sie sind hochentwickelt, spezialisiert und kapitalintensiv und produzieren für den Export oder für große Händler. Weitere 9000 ebenfalls weiße Farmen sind immerhin noch mittelgroß aber nur teilweise erfolgreich, so dass sie sich außerhalb der Landwirtschaft Einkommen schaffen müssen. Erst bei den kleinen bis mittelgroßen Farmen finden sich einige schwarze Farmer, die aber Landwirtschaft eher als Hobby denn als Haupterwerb betreiben.[8] Das bedeutet, dass die meisten schwarzen Farmer, wenn überhaupt, zu wenig und zu schlechtes Land besitzen. Dies geht auf eine extreme Konsolidierung und Konzentration der Farmen zurück, denn zwischen 1971 und 2002 hat sich die Zahl der Betriebe hal-

biert. Andries du Toit nennt dies eine *jobless de-agrarianisation:* Farmen haben nur eine Chance auf dem Markt zu bestehen, wenn sie flächenmäßig expandieren und gleichzeitig Kosten so weit als möglich reduzieren „und meistens ist der Weg des geringsten Widerstands, die Kosten auf die Angestellten abzuwälzen".[9]

Grundsätzlich gilt, dass je ärmer der Farmer ist, desto ärmlicher sind auch die Lebensbedingungen seiner FarmarbeiterInnen.

Entwicklung in der Landwirtschaft

...vor 1994

1913 markiert einen Wendepunkt für die bis dato recht erfolgreichen schwarzen Bauern in Südafrika: Mit dem *Native Land Act* wurde die Schaffung von Reservaten (*homelands* oder *Bantustans*) auf damals sieben Prozent des Staatsgebiets eingerichtet. Die Reservate sollten den Arbeitskräftebedarf der Bergwerke decken. Schwarze konnten danach nur noch als Lohnpächter oder Lohnarbeiter auf den Farmen der Weißen arbeiten, ihnen war Landbesitz außerhalb der Reservate verboten. Die weißen Farmer hingegen wurden großzügig mit Krediten und Subventionen bedacht, erhielten Transportkonzessionen und Steuererleichterungen. Es entstanden Vermarktungsverbände und Kooperativen, die Preisverhandlungen führten oder Preisabsprachen trafen, Dienstleistungen, Forschung, Schulden- und Katastrophenmanagement organisierten und dabei den Agrarsektor weiterentwickeln konnten. Der staatlich kontrollierte Wirtschaftsverband kümmerte sich um Qualität, Verkauf, Beschaffung und stellte quasi ein Monopol dar.

Der Agrarsektor hatte außerdem eine Sonderstellung, da für die dort Angestellten das Arbeitsrecht nicht galt. Zwar modernisierte sich die Landwirtschaft in Bezug auf Anbautechniken, Motorisierung oder Vermarktung, die Veränderung schlugen sich aber nicht in sich verändernde Arbeitsbedingungen nieder. Das feudale System derer, die auf den Farmen lebten, blieb dasselbe, die Abhängigkeiten und patriarchalen Strukturen blieben intakt. (ILO, S. 36)

...nach 1994

Der Rückbau staatlicher Subventionen begann bereits 1971 und hatte die Konsolidierung der Farmen zur Folge: nur die produktiven und wirtschaftlichen konnten überleben. Die ANC-Regierung strich dann sämtliche verbliebene Vorteile für Farmer – mit verheerenden Folgen für die neuen, durch Landreform entstandenen Betriebe. Sie hatten weder Zugang zu günstigen Krediten noch Unterstützung in Form von Wissenstransfer oder geschützten Märkten. Erst 2003 entstanden für die *emerging farmer* Unterstützungsprogramme, deren Implementierung jedoch im besten Falle halbherzig vollzogen wurde.

Die Handelsliberalisierung, die weit über das von der WTO geforderte Maß hinaus umgesetzt wurde, schaffte Zölle auch für landwirtschaftliche Produkte ab. Damit standen die Bauern auf dem internationalen Markt in Konkurrenz mit oft großzügig subventionierten Produzenten. Im Gegensatz zu Südafrika haben fast alle Länder mittleren Einkommens in der letzten Dekade die Subventionen für Landwirtschaft erhöht.

Die Monopolisierung innerhalb der Landwirtschaft wurde aufgebrochen, die einzelnen Farmer stehen nun dem Markt alleine gegenüber und Preisverhandlungen gestalteten sich zunehmend schwieriger. Durch die sogenannte Supermarktrevolution erhielten die Aufkäufer der internationalen Supermarktketten mehr Macht: der Großhandel wurde seit den 1980iger Jahren mehr und mehr privatisiert, die Konzentration der Supermärkte steigerte ihre Marktmacht gegenüber geschwächten Produzenten, gleichzeitig wurden Ansprüche an die Sozialstandards über internationale Vereinbarungen erhöht. Die Supermärkte wuchsen auf Kosten anderer, lokaler Märkte und arbeiteten gleichzeitig nur mit wenigen großen Produzenten zusammen. Dies alles hatte eine extreme Umstrukturierung im Agrarsektor zur Folge: Farmer wurden einerseits viel effizienter, sie wandten sich aber auch eher Produkten zu, die weniger arbeitsintensiv sind, also weg von Obst hin zu häufig genmanipulierten Feldfrüchten. Kleine, von der Landreform profitierende, Farmer hatten hier kaum Chancen, die Supermärkte zu beliefern. Gleichzeitig wuchsen aber auch der Zwischenhandel und die Verarbeitungsindustrie Südafrikas enorm. Allein die Zahl der Keltereien haben sich innerhalb von zehn Jahren verdoppelt.

Der Handel mit SADC-Ländern ist um 20 Prozent gestiegen und in Subsahara Afrika werden einige Gemüsesorten fast ausschließlich aus Südafrika importiert. Grund dafür ist einerseits die kontinuierlich wachsende und daher mehr konsumierende Mittelschicht Afrikas und andererseits die Expansion der südafrikanischen Supermarktketten vor allem in die Nachbarländer. Diese Süd-Süd-Handelsströme stärkt die südafrikanische Wirtschaft. Auch Märkte in Asien sind für südafri-

kanische Produkte lukrativ, weil sie im Gegensatz zur EU oder USA weniger private Standards einfordern, die den Preisdruck zusätzlich erhöhen. Noch immer werden aber 70 Prozent der Trauben und Steinfrüchte in die EU exportiert.

Die Frage, ob die Landwirtschaft in Südafrika nach wie vor profitabel sei, wird heiß diskutiert. Einige Analysten und Recherchen weisen darauf hin, dass sich die Profite kurz nach 1994 wieder erholt hätten. Andere bezweifeln dies und argumentieren, dass die Preise zwar wieder stabil geworden, dafür aber die Nebenkosten und Produktionskosten gestiegen seien. Laut ILO-Studie sind zwar die Preise für eine Flasche Wein zwischen 2004 und 2010 um 59 Prozent gestiegen, gleichzeitig aber sind die Nettoeinnahmen für eine Flasche um 73 Prozent aufgrund der gestiegenen Produktions- und Verarbeitungskosten gefallen. (ILO, S. 44)

Die Gewinner von Handelsliberalisierung, der stärkeren Integration in den globalen Markt und der Umstrukturierung der Landwirtschaft, finden sich eher im Verarbeitungs- oder Handelssegment und weniger unter den ProduzentInnen – höchstens sofern sie groß und wenig beschäftigungsintensiv sind. Diese sich auf der Gewinnerseite befindenden Gruppen haben bereits gegen Ende des Apartheidsystems die Fäden gezogen, um aus der Konzentration und Liberalisierung zu profitieren. Die Farmer-Kooperativen hatten 1990 aufgrund der Generosität des Staates gegenüber dem Agrarsektor ein Vermögen von15, 2 Milliarden Rand (45 Mio €) angehäuft. Ein noch 1993 beschlossenes Gesetz ermöglichte die Umwandlung der Kooperativen in private Unternehmen: „Die Privatisierung der Kooperativen hat zu einer Akkumulation von Kapital geführt, das vier Jahrzehnte lang durch großzügige Staatssubventionen angehäuft worden war. Die Transformation von Kooperativen zu Privatunternehmen kann als Kapitalflucht interpretiert werden." (ILO, S. 48) Dies war eine der Strategien der weißen Farmer, um die Öffnung der Kooperativen für schwarze Farmer zu umgehen und gleichzeitig ihre Machtposition zu konsolidieren.

Die Agrarpolitik der ANC-Regierung zielte in den ersten Jahren darauf ab, ineffiziente weiße Farmer zum Aufgeben zu zwingen, um damit Land für die Landreform zur Verfügung zu haben. Diese freigewordenen Farmen wurden aber von anderen bereits erfolgreichen weißen Farmern aufgekauft und standen somit nicht für die Landrückgabe zur Verfügung. Dies ist ein zentraler Grund, warum die Politik des *willing seller-willing buyer* gescheitert ist. Die Weinindustrie beispielsweise hat heute 21Prozent weniger Produzenten. Die neuen Agrobetriebe haben expandiert, setzen auf Massenproduktion und Mechanisierung und haben – wenn überhaupt – nur mehr Saisonarbeiter eingestellt.

Mit der arbeitsrechtlichen Gleichbehandlung des Agrarsektors ab 1997 war klar, dass auch ein sektoraler Mindestlohn festgelegt werden würde. Dies geschah 2003, allerdings auf einem extrem niedrigen Niveau. Und trotzdem erhöhte dies die Lohnkosten der Betriebe. Seither werden FarmarbeiterInnen nicht mehr als Lohnsklaven oder als Eigentum der Farmer betrachtet sondern als angestellte ArbeiterInnen. Die Einführung des Mindestlohns, die Handelsliberalisierung und darüber hinaus die Währungsschwankungen und der Klimawandel haben jeweils ihren Teil dazu beigetragen, dass besonders für ungelernte Arbeiter Stellen verloren gingen. Die, soweit bei den jeweiligen Produkten möglich, verstärkte Mechanisierung hat wie in anderen Bereichen der Wirtschaft auch, den Bedarf an höher qualifizierten ArbeiterInnen erhöht. Darauf haben aber die Farmer Südafrikas ihre ArbeiterInnen nicht vorbereitet, was eine enorme Prekarisierung zur Folge hatte.

Entwicklung der Situation der FarmarbeiterInnen seit 1994

Auch wenn die eine oder andere Infrastrukturmaßnahme die ländlichen Gebiete Südafrikas erreicht hat, so bleiben die landwirtschaftlichen Betriebe geographisch abgelegen und ohne eigene Transportmittel nur schwer zu erreichen. Daher haben die auf den Farmen lebenden Menschen – also diejenigen, die in der landwirtschaftlichen Produktion tätig sind und deren Angehörige – traditionell eine engere Bindung zu ihrem Vorgesetzten und dessen Familie als zu ihrer Peergruppe. Ein Jahrhundert der Marginalisierung hat die FarmarbeiterInnen in einer extrem ungleichen und rückständigen Lage verhaften lassen. Politisch fehlt es ihnen an Lobby und am Verständnis für ihre Situation.[10]

Als FarmarbeiterInnen werden ArbeiterInnen bezeichnet, die in der formellen Landwirtschaft arbeiten, meist wenig bis keine Ausbildung genossen haben und formal angestellt sind. Ihre Situation ist inzwischen sehr diversifiziert, denn nur noch etwa die Hälfte leben auch auf der Farm, auf der sie arbeiten. Auf den Farmen kämpfen sie mit fehlenden Transportmöglichkeiten, Zugang zum Gesundheitssystem, schlechten oder nicht mehr vorhandenen Schulen, erbärmlichen Wohnverhält-

nissen, Alkohol, physischer und psychischer Gewalt.

Gut die Hälfte der – mehrheitlich männlichen – ArbeiterInnen haben eine formale Anstellung, vor allem im Western Cape. 25 Prozent haben befristete und weitere knapp 24 Prozent unbestimmte, nicht fixierte Arbeitsverträge. In der Regel (40 Prozent) arbeiten sie etwa 41 bis 45 Wochenstunden, doch über 14 Prozent müssen bis zu 50 Stunden arbeiten, ohne diese Mehrarbeit vergütet zu bekommen. Weniger als die Hälfte erhalten bezahlten Urlaub und nur gut fünf Prozent der Frauen erhalten Mutterschutz. Auf Zuschuss für Ihre Pension können nur etwa 20 Prozent hoffen und eine Krankenversicherung hat fast niemand. Löhne müssen meistens direkt mit dem Farmer ausgehandelt werden. Oft müssen die ArbeiterInnen, die noch auf der Farm leben, keine Miete bezahlen – der Grund dafür liegt an dem extrem schlechten Zustand der Häuser, für die laut Gesetz keine Miete berechnet werden darf und nicht darin, dass dies Zusatzleistungen wären. Es gibt immer noch Farmen, auf denen die Arbeiter ohne fließendes Wasser und ohne sanitäre Einrichtungen wohnen müssen.[11] Nur etwa sechs Prozent sind Eigentümer der Häuser, in denen sie mit ihren Familien wohnen. Dies bedeutet, dass nur sie ein Wohnrecht auch jenseits eines Arbeitsverhältnisses auf der Farm besitzen, das ihnen auch im Altern eine Sicherheit bietet.

Kinder, die auf Farmen leben sind öfter unterernährt und unterentwickelt als im landesweiten Durchschnitt. Grund dafür ist zum einen das fetale Alkoholsyndrom (FAS), von dem im Western Cape zwischen 43 und 300 von 1000 Kindern betroffen sind. Schuld daran ist das als *Dop*-system bekannte Vorgehen der Farmer, die ihre Arbeiter zumindest teilweise mit Alkohol bezahlten. Diese Praxis wurde ungeachtet des Verbots von 1960 bis weit nach Ende der Apartheid fortgesetzt. Und ohne Hilfe konnten Betroffene sich nicht von der dadurch entstandenen Alkoholabhängigkeit lösen mit der Konsequenz, dass viele jetzt den Alkohol von ihrem ohnehin schon zu geringen Lohn kaufen. Dies führte zu einer schrecklichen aber vorhersehbaren sozialen Krise auf den Farmen. Daher sind Kinder im Western Cape doppelt so häufig behindert als im nationalen Durchschnitt. Allerdings lässt sich das nicht ausschließlich auf den Alkoholkonsum sondern auch auf die Unterernährung und den Pestizideinsatz zurückführen, dem sowohl Schwangere als auch Kleinkinder ungeschützt ausgesetzt sind.[12]

Ein Mindestlohn für FarmarbeiterInnen wurde vom zuständigen Ministerium zum ersten Mal 2003 auf 69 Rand pro Tag

Informelle Siedlung von FarmarbeiterInnen bei Robertson

Gewerkschaftsmitglieder treffen sich auf der Wonderkop-Farm mit dem KASA-Team

Prekäre Lebensverhältnisse trotz Landbesitz. Western Cape

„Wenn sie uns schon nicht mehr bezahlen wollen, sollen sie uns wenigstens Land geben, dann können wir Nahrungsmittel anbauen!" Simon Bredal

festgesetzt. Es war einer der niedrigsten in Südafrika überhaupt. Er unterbot sogar noch den der Hausangestellten und ermöglichte weder dem Arbeiter selbst noch seiner Familie Ernährungssicherheit. Die Einführung wird sehr unterschiedlich bewertet. Sicher ist, dass durch die beschriebene Umstrukturierung im Agrarsektor jede Möglichkeit und Begründung genutzt wurde, um FarmarbeiterInnen zu entlassen, sie von den Farmen zu vertreiben und sie anschließend wieder als Saisonkräfte einzustellen. Damit entledigten sich die Arbeitgeber von Verpflichtungen gegenüber Festangestellten. Viele Farmer haben die Lohnerhöhung mit der Einführung oder Erhöhung der Mieten oder anderen bisher kostenloser Leistungen kompensiert.

Für diejenigen, die ihre Festanstellung verlieren bedeutet dies immer auch den Verlust des Wohnrechts auf der Farm. Sie müssen mit ihren Familien in *squatter camps* in umliegende Dörfer oder Siedlungen ausweichen, in denen es kaum Infrastruktur wie Wasser- oder Stromversorgung gibt. Arbeitsmöglichkeiten außerhalb von Farmen gibt es nicht. So sind FarmarbeiterInnen gezwungen, sich als Tagelöhner wieder dort zu verdingen, wo sie gerade entlassen wurden.

Früher wurden hauptsächlich die Ehefrauen von Farmarbeitern für die Saison eingestellt. Heute gibt es mehr informelle Siedlungen. Und von dort werden Frauen morgens von Arbeitsvermittlern eingesammelt und auf die Farmen gebracht. Von diesen Vermittlern erhalten sie auch ihre Löhne und oft auch Anweisungen, so dass der Farmer selbst nichts mehr mit ihnen zu tun hat. Für den Farmer bedeutet dies, dass er nur noch eine Ansprechperson und für die unproduktiven Zeiten in der Landwirtschaft keine Lohnkosten zu zahlen hat. Allerdings ist die Fluktuation unter den SaisonarbeiterInnen deutlich höher, was sich negativ auf die Produktivität auswirkt. Inzwischen sind etwa die Hälfte der Arbeitskräfte SaisonarbeiterInnen – 1996 waren es noch ein Drittel. (ILO, S. 51)

Aber auch immer mehr permanente ArbeiterInnen ziehen es vor, außerhalb der Farmen zu leben, weil sie sich dort eher Zugang zu, wenn auch schlechter, Infrastruktur erhoffen. Oft sind die Wohnverhältnisse auf den Farmen so miserabel, dass sie die Zustände in den Siedlungen eher in Kauf nehmen, nicht zuletzt weil dort zum Beispiel der Weg zu Schulen oder Krankenstationen kürzer ist. Viele verlassen die Farmen aber auch aufgrund der nach wie vor gängigen rassistischen Übergriffe der Farmer. Sie sind nicht mehr bereit, sich dem auszusetzen. Außerdem wollen sie ihre Kinder schützen.

Gewerkschaften haben es in diesem Sektor nicht zuletzt

aufgrund der Distanzen zwischen den Farmen schwer. Außerdem verhindern nach wie vor viele Farmbesitzer, dass ArbeiterInnen ihr Recht auf gewerkschaftliche Organisation wahrnehmen können mit allen Mitteln, ohne dass sie dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Nur rund elf Prozent der fest angestellten FarmarbeiterInnen sind organisiert, wobei der Anteil der Frauen höher ist. Regional ist der Freestate das Schlusslicht. Außerdem gilt, dass der Organisationsgrad mit dem Grad der Qualifikation der ArbeiterInnen steigt. So sind beispielsweise 54 Prozent Fahrer gewerkschaftlich organisiert. (ILO, S. 30) Für die Gewerkschaften bieten die Siedlungen eine neue Möglichkeit, Mitglieder zu mobilisieren, Wissen zu vermitteln und über Rechte aufzuklären, da ihnen hier der Zugang nicht verwehrt werden kann. „Bei all den negativen Auswirkungen für die Farmarbeiter haben die Siedlungen auch eine gute Seite. Nun sind sie näher zusammen, können nicht mehr bei jeder Versammlung durch den Farmer kontrolliert, die Treffen gar verboten werden. Sie diskutieren freier über ihre Rechte und können sich besser solidarisieren, "[13] erläutert Trevor Christians, Sekretär der Farmarbeiter-Gewerkschaft CSAAWU.

Das Jahr 2012 markierte landesweit eine Zäsur, als zunächst monatelang die Minenarbeiter in Marikana streikten und dieser Streik sich dann auch in den ländlichen Regionen ausbreitete. Dies wäre ohne die Konzentration in den informellen Siedlungen um die Farmen nicht möglich gewesen, denn hier konnten sich die Streikenden eher zusammentun als auf den marginalisierten Farmen. Die Lebenssituation hatte sich weiterhin dramatisch verschlechtert. Fast die Hälfte ihres Einkommens mussten sie für Nahrungsmittel ausgeben. Allein in den letzten 18 Monaten vor dem Streik stiegen die Preise um 24 Prozent.

Doch was hat dieser Streik den FarmarbeiterInnen gebracht?

In vielen Fällen wurde die 52prozentige Lohnerhöhung durch die bereits beschriebene Einführung oder Erhöhung von Nebenkosten aufgefressen. Noch 2011 wohnten die meisten ohne Zusatzkosten auf den Farmen. (ILO, S. 10) Andere Farmer begannen, ihre ArbeiterInnen stundenweise zu bezahlen, reduzierten die Arbeitszeit entsprechend und nutzten damit eine Lücke im Arbeitsrecht aus. (ILO, S. 175). Nach 2013 haben 55 Prozent der von der ILO befragten Farmer Personal entlassen, davon wurde etwa die Hälfte dann wieder als Saisonarbeiter eingestellt. Es wurden Verträge angeblich im Einvernehmen mit den Betroffenen geändert. Doch davon kann angesichts der ungleichen Machtverhältnisse nicht ausgegangen werden.

Am meisten haben männliche formal angestellte Farmarbeiter von den Lohnerhöhungen profitiert, allerdings schließt sich die Kluft zwischen den Geschlechtern seit 2011 kontinuierlich. Weiße, die in der Landwirtschaft arbeiten, verdienen genauso wie besser qualifizierte mehr, wobei sich diese Kluft nach wie vor vergrößert. (ILO, S. 34)

Für Ryno Filander, einen jungen Gewerkschafter von einer Farm bei Robertson, war der Streik auf einer anderen Ebene ein Erfolg: „Auch wenn bisher nicht alle den neu ausgehandelten Lohn erhalten, viele Streikende entlassen wurden und die Lohnerhöhung durch neue Gebühren aufgefressen werden, so haben die Farmer doch begriffen, dass eine neue Zeit angebrochen ist. Sie mussten uns zuhören! Durch die Streiks haben wir unsere Schwachpunkte, aber auch unsere Stärken kennen gelernt".[14]

Neue Verhältnisse

Rassismus ist nach wie vor ein Faktor in Südafrika und nirgends wird dies so deutlich erlebbar wie auf den Farmen im Western Cape. Organisationen wie TCOE (Trust for Community Outreach and Education), die seit vielen Jahren mit Landlosen, FarmarbeiterInnen und Menschen auf dem Land arbeiten, erzählen ebenso wie die Gewerkschaften erschütternde Geschichten über mutwillige Zerstörung von Eigentum, Anschlägen auf die Gesundheit, verbaler und sexueller Gewalt bis hin zu Morden, denen niemand wirklich nachgeht[15]. Wenn allerdings ein weißer Farmbesitzer von seinen Angestellten bedroht, verletzt oder gar getötet wird, reagieren die Medien heftig.

Dieser tief sitzende Hass, der Rassismus und die belastenden Vorurteile spiegeln sich selbst in dem ILO-Bericht wider, da das Rechercheteam Aussagen von Farmern weit mehr Glauben schenkt als den ArbeiterInnen. Daher ist deren Einschätzung auch viel moderater als die von Doreen Atkinson, die klar das fehlende Selbstwertgefühl, die Schwierigkeit, kaum Gefühle ausdrücken zu können bei Interviews mit Außenstehenden benennt: „*Empowerment* ist ein langwieriger Prozess, der eine graduelle Sozialisierung in eine neue

Rolle bedeutet".[16] Es fehlt an einem Diskurs sowohl über moralische Verantwortung als auch über soziale Rollen, die auf der nun vorherrschenden wirtschaftlichen und demografischen Realität basieren.

Neue Verantwortlichkeiten

Die Farm war früher eine autarke soziale Einheit: alle waren mehr oder weniger aufeinander angewiesen und unterstützten sich gegenseitig, es gab Loyalitäten und Pflichten. Aus dem paternalistischen Gutsbesitzer wurde ein Arbeitgeber, aus der Farm als Arbeits- und Lebensraum wurde eine ländliche Fabrik. Das paternalistische Konzept, das bei physischer Nähe und gleichzeitiger sozialer Distanz sich einem gewissen Ethos verpflichtet sah[17], ist verschwunden. Übrig geblieben ist ein bloßes Ausbeutungssystem. Die Verantwortung für die ArbeiterInnen wurde auf den Staat abgewälzt, ohne dass der im Rahmen der Landreform oder mit Arbeitsschutzgesetzen auf die veränderten Situationen tatsächlich eingegangen wäre.
Die Politik, die die Situation eigentlich verbessern wollte, hat sie durch Unwissenheit und falsche Einschätzung langfristiger Strukturen eher verschlimmert. Die veränderte Demografie und die soziale Revolution, die sich in der Landflucht manifestierte, hat die Politik nicht erreicht: In Anbetracht dessen, dass die Hälfte der FarmarbeiterInnen heute außerhalb der Farmen leben ist die Frage, wie die sozioökonomischen Bedingungen dort sind, fast genauso relevant wie die Frage, ob die Lebensbedingungen auf den Farmen adäquat sind. Sämtliche Vorstöße von Seiten der Gesetzgebung blenden diese Veränderung komplett aus: es gibt weder Wohnungsbauprojekte oder -zuschüsse für FarmarbeiterInnen jenseits der Farmen noch wird in die informellen Siedlungen investiert, um dort die Situation erträglicher zu machen. Eine Land- und Agrarreform hat bisher diese Aspekte nicht berücksichtigt, nach wie vor werden ländliche Gebiete vernachlässigt, gibt es weder Anstrengungen noch Konzepte, wie das Leben dort attraktiv gemacht werden könnte, um die Urbanisierung zu stoppen.

Gesetze wie das *Extension of Security and Tenure Act* (ESTA von 1997), die die ArbeiterInnen auf den Farmen vor Vertreibung schützen sollte, hat gerade dazu geführt, dass dieser ungeschriebene paternalistische Sozialkontrakt aufgelöst wurde und FarmarbeiterInnen massenhaft vertrieben wurden. Studien gehen davon aus, dass innerhalb der ersten zehn Jahre der Demokratie rund eine Million ihren Arbeitsplatz und ihr Wohnrecht verloren haben.[18] Die staatlichen Regulierungen gehen an den Bedürfnissen vorbei, weil sie sich an einem veralteten Bild von FarmarbeiterInnen (fest angestellt, auf der Farm mit Familie lebend) orientiert, das nur noch für höchstens die Hälfte überhaut relevant ist. Gleichzeitig haben alle Versuche von zivilgesellschaftlichen Organisationen, in einen konstruktiven Dialog mit der Regierung zu treten, aufgrund der Weigerungshaltung staatlicher Stellen bis heute versagt.[19]

Lösungen müssen nun auf und außerhalb der Farm gleichermaßen gesucht werden: Wohnrecht und Pachtsicherheit allein reichen nicht aus, die Menschen auf dem Land brauchen auch eine Lebensgrundlage. Viele FarmarbeiterInnen anerkennen die prekäre Situation ihrer ArbeitgeberInnen. Simon Jacobs, ein engagiertes Gewerkschaftsmitglied, macht deutlich, dass ein Teil der Lösung sehr einfach wäre: „Wenn sie uns nicht mehr zahlen können, ok, aber warum geben sie uns dann nicht einfach Land, das wir bebauen können? Sie haben doch so viel davon!"[20] Neben Zugang zu Land wäre auch Fort- und Weiterbildung eine Möglichkeit, aus der Armutsfalle auszubrechen. Das würde auch den Farmern zugutekommen, da besser ausgebildetes Personal die Produktivität und die Qualität steigert. Positiv formuliert liegt auch eine Chance darin, dass viele FarmarbeiterInnen oft 20 Jahre Berufserfahrung auf mitunter verschiedenen Farmen haben und sich somit von dem Heer der Arbeitslosen in Südafrika unterscheiden, die noch nie einer geregelten Arbeit nachgegangen sind. Dieses Potenzial gilt es zu nutzen.

Laut der ILO-Studie haben gesetzliche Regelungen weitgehend versagt. Sie schlägt daher vor, eher Anreize zu schaffen, damit Farmer die Lebenssituation der FarmarbeiterInnen verbessern, anstatt mit Gesetzen und Strafen zu drohen. Solange das makroökonomische Umfeld, in dem die Farmer operieren, sich nicht für diese verbessert, wird sich die ländliche Armut nicht in den Griff bekommen lassen. (ILO, S. 85) Es scheint, als hätte die schwedische Kampagne für Ethische Weinherstellung mehr Erfolg in der Verbesserung der Situation der Farmarbeiter als Gesetzesinitiativen. (ILO, S. 103)

Dies sehen viele zivilgesellschaftliche Organisationen angesichts der langjährigen negativen Erfahrungen mit freiwilligen Verpflichtungen für Unternehmen – und darum handelt es sich letztendlich auch im Agrarsektor – anders. Sie fordern eine konsequente Implementierung des Arbeitsrechts auch

im Agrarsektor, einen erleichterten Zugang für FarmarbeiterInnen zu rechtlichen Mitteln und eine Unterstützung ihrer Vertretungsstruktur. Landesweit sind nur etwa fünf Prozent gewerkschaftlich organisiert und eine auf Mitgliedsbeiträgen beruhende Gewerkschaftsstruktur ist naturgemäß in Niedriglohnsektoren kaum handlungsfähig. Ihre traditionellen Aufgaben werden daher oft von NROs wahrgenommen, die ihre Arbeit extern finanzieren können. Dabei ist aber nicht zwangsläufig sichergestellt, dass die Bedürfnisse der Betroffenen in die Lobbyarbeit einfließen.

Eine Land- und Agrarreform ist zwingend notwendig. Dabei sind vielfältige Lebenskonzepte für den ländlichen Raum denk- und umsetzbar. Ob Lösungen über Zugang zu Land, existenzsichernde Löhne oder ein universelles Grundeinkommen erreicht werden, hängt letztendlich vom politischen Willen ab. Zentral wäre eine breite Konsultation aller Betroffenen, eine Wertschätzung der jeweiligen Gruppen, staatliche Interventionen und Unterstützung nicht nur eines exportorientierten Agrobusiness sondern die Sicherstellung von Ernährungssouveränität und einem guten Leben für alle.

Simone Knapp, **Ethnologin und Afrikanistin, ist seit neun Jahren Koordinatorin der KASA. Davor arbeitete sie unter anderem für Brot für die Welt in der Menschenrechtsabteilung. Die KASA setzt sich für die Durchsetzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte im Südlichen Afrika ein**

1 Doreen Atkinson (2007): Going for broke. HSRC press, Kapstadt, 2007, S. 109
2 Die jüngste und bisher weitreichendsten dieser Studien wurde erst im März diesen Jahres von der ILO veröffentlicht und auf denen ein Großteil der Informationen beruhen http://www.ILO.org/wcmsp5/groups/public/—-africa/documents/publication/wcms_385959.pdf
3 Siehe dazu „Land ist Leben" http://woek.de/web/cms/front_content.php?idcat=64&idart=1629
4 Laut 2011 Census (Stats SA, 2013b). Damit sind die Gebiete von und um große kommerzielle Farmen gemeint
5 http://groundup.org.za/article/national-minimum-wage-part-two-what-will-happen-jobs_3540
6 http://www.gcis.gov.za/sites/default/files/docs/resourcecentre/pocketguide/013_agriculture.pdf
7 http://www.statssa.gov.za/?page_id=735&id=4
8 PLAAS_Minimum_wage2014_RH
9 https://www.grain.org/es/bulletin_board/entries/5135-south-africa-the-farm-labour-question-fifty-fifty-shades-of-obfuscation
10 Doreen Atkinson (2007): Going for broke. HSRC press, Kapstadt, 2007, S. 9
11 http://woek.de/web/cms/upload/pdf/kasa/publikationen/knapp_2014_wenn_der_lohn_nicht_zum_leben_reicht.pdf
12 http://www.health-e.org.za/2014/09/24/new-generation-falls-victim-dop-system/
13 http://woek.de/web/cms/upload/pdf/kasa/publikationen/knapp_2014_wenn_der_lohn_nicht_zum_leben_reicht.pdf
14 http://woek.de/web/cms/upload/pdf/kasa/publikationen/knapp_2013_das_recht_auf_ein_menschenwuerdiges_leben.pdf
15 http://groundup.org.za/article/ashton-residents-outraged-after-farm-murder_2880
16 Doreen Atkinson (2007): Going for broke. HSRC press, Kapstadt, 2007, S. 106
17 Ebd. S. 91
18 BAWSI: Farm workers voices, Juni ?, Paarl, S. 3
19 Siehe dazu www.our-land.de
20 http://woek.de/web/cms/upload/pdf/kasa/publikationen/knapp_2014_wenn_der_lohn_nicht_zum_leben_reicht.pdf

Die Vergessenen

Christian Selz

Als Namibia 1990 unabhängig wurde, hofften auch die FarmarbeiterInnen in den kargen Weiten des Landes auf eine bessere Zukunft. Heute leben sie in den gleichen Wellblechhütten wie eh und je. Der Optimismus ist gewichen, auch die Kinder sind im Teufelskreis der Armut gefangen. Und selbst das Wenige, das den verarmten ArbeiterInnen an sozialen Leistungen zusteht, bleibt häufig unerreichbar.

Dwaal net rond

Einsam sieht er aus, der Reiter in seinem blauen Overall. Niemand sonst ist zu sehen auf der schier endlosen Schotterpiste, hier in der Region Omaheke im Osten Namibias. In die Wüste, die der heutigen Verwaltungseinheit ihren Namen gibt, haben die Truppen der deutschen Kolonialisten einst die Angehörigen des Volks der Herero getrieben, weil die sich dem Landraub der Siedler widersetzten. Die etwas weiter südlich siedelnden Nama ereilte ein ähnliches Schicksal. Etwa 80.000 Menschen, manche Historiker sprechen von bis zu 100.000 Opfern, hat die schon damals offiziell als „Schutztruppe" auftretende Imperialmacht ermordet. Wer nicht in den nahezu sicheren Tod durch Verdursten in die Wüste flüchtete, wurde in Konzentrationslagern durch Zwangsarbeit, Mangelernährung und fehlende medizinische Versorgung vernichtet. Dass dies der erste Völkermord des 20. Jahrhunderts war, hat inzwischen – nach jahrzehntelangem Negieren – auch die deutsche Bundesregierung eingesehen. „Der Vernichtungskrieg in Namibia von 1904 bis 1908 war ein Kriegsverbrechen und Völkermord", ließ das Auswärtige Amt im Juli dieses Jahres verlauten, ohne daran jedoch eine formelle Entschuldigung zu knüpfen.

Doch das Wüten der kaiserlichen Truppen wirkt sich auf die Nachkommen der Opfer von damals bis heute aus, auch auf den Reiter, der für sein dünnes braunes Pferd keinen Sattel, sondern nur eine Wolldecke hat. Der trockene Winterwind pfeift an diesem sonnigen Augusttag durch die dörren Büsche und Gräser, der junge Mann hat seine Augen unter der tief gezogenen Wollmütze zusammengekniffen. „Das Leben ist hart. Wenn du nicht auf eigenen Beinen stehen kannst, wirst du nicht überleben", sagt er. Er ist landlos, obdachlos und damit auch im demokratischen Namibia von heute im Grunde perspektivlos und ohne Rechte. „Ich bin fast jeden Tag auf der Straße, auf der Suche nach einem Weg, zu überleben", sagt der Mann, den der deutsche Filmemacher Thorsten Schütte in seiner 2015 veröffentlichten Dokumentation *The Forgotten* (Die Vergessenen) zu Wort kommen lässt.

Entstanden ist der Film auf Verlang, einer *resettlement farm* etwa 160 Kilometer südöstlich der Hauptstadt Windhuk. Diese „Umsiedlungsfarmen" sind vom namibischen Staat akquiriertes Agrarland, das an Menschen vergeben wird, die zu Zeiten der Rassentrennung unter südafrikanischer Herrschaft bis 1990 benachteiligt waren. Verlang wurde dabei in acht Parzellen unterteilt, auf denen die neuen LandeignerInnen wirtschaften können. Die „Vergessenen" bei diesem Schema sind die FarmarbeiterInnen, die für die Vergabe von Land schon deshalb höchst selten in Frage kommen, weil das dafür zugrunde liegende Gesetz von den BewerberInnen für eine Farm neben anderen Voraussetzungen Lese- und Schreibfähigkeiten fordert – also die Bildung, die das Apartheidregime den LandarbeiterInnen weitestgehend verweigert hatte. Damals wie heute leben sie mit ihren Familien in selbst zusammengezimmerten Wellblechhütten oder Zelten, für die sie bei starken Regengüssen von den Farmherren hin und wieder eine Plastikplane bekommen. Sie sind abhängig von der Güte der Grundbesitzer.

„Als das Land unabhängig wurde haben wir gesagt: 'Jetzt werden wir besser leben und uns selbst versorgen können'. Aber ohne Arbeitsplätze wird es nicht besser. Ohne Job verhungerst du. Und wenn du verhungerst, gehst du los und stiehlst", erklärt ein Farmarbeiter die Misere der Abgehängten. In kalten Zahlen liest sich das wie folgt: 55,8 Prozent der 2,3 Millionen Namibier leben nach den Ergebnissen der Nationalen Studie zu Haushaltseinkommen und Ausgaben von 2009/2010 – den jüngsten verfügbaren offiziellen Daten – unterhalb der Armutsgrenze. Sie müssen mit umgerechnet zwei US-Dollar oder weniger auskommen. 34,9 Prozent der Bevölkerung haben gar höchstens einen US-Dollar zur Verfügung. Was das bedeutet, beschreibt ein anderer Landarbeiter, die Arme höflich-schüchtern hinter dem Rücken verschränkt: „Auf diesen Farmen ist es sehr schwer für uns Arme", sagt er und offenbart dabei die Lücke, die einer seiner oberen Schneidezähne hinterlassen hat. „Es macht Angst, zwei, drei Tage kein Essen zu haben. Bis man vielleicht auf der nächsten Farm etwas zu essen bekommt. Das kann drei, vier Monate so gehen, bis man einen Job findet." Frau und Kinder warten auf einem klapprigen Wagen, vor den zwei Esel gespannt sind, sein faltiges Gesicht ist von der Arbeit gezeichnet, die Stimme leise und müde.

FarmarbeiterInnen in Namibia sind keine ausschließlich homogene Gruppe. Vielmehr lassen sich anhand von Farmkategorien unterschiedliche Rückschlüsse auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen ziehen. Beispielweise sind seit 2003 zwar alle Farmbesitzer zur Zahlung eines gesetzlichen Mindestlohns von mittlerweile N$3,70 pro Stunde verpflichtet, dessen Umsetzung variiert allerdings stark zwischen weißen kommerziellen und schwarzen kommerziellen Farmen sowie sogenannten *communal farms*, die ihre Wurzeln in den *homelands* des ehemaligen Apartheidregimes finden. Zu diesem Ergebnis kam das *Labour Resource und Research Institute* (LaRRI), welches 2006 eine Studie zur Arbeits- und Lebenssituation von FarmarbeiterInnen in Namibia erhob[1]. Auf 160 Farmen wurden insgesamt 154 Farmer und 345 FarmarbeiterInnen befragt. 85 Prozent der befragten FarmarbeiterInnen waren männlich, 40 Prozent waren zwischen 20 und 29 Jahren alt und hatten keine Schulbildung, wohingegen 43 Prozent der Befragten eine Grundschulbildung absolviert hatten.

Die LaRRI Studie stellte fest, dass weiße kommerzielle Farmen im Durchschnitt die besten materiellen Ausgangsbedingungen über alle Farmen hinweg bieten: Weiße Farmer zahlen durchschnittlich die höchsten Löhne, erfüllen somit am ehesten Mindestlohnansprüche und stellen ihren Angestellten am häufigsten Lehmhäuser statt Blechhütten zur Verfügung. Dem gegenüber tragen sich Fälle von verbalem und physischem Missbrauch aber ebenfalls am ehesten auf weißen Farmen zu, außerdem sind FarmarbeiterInnen auf weißen Farmen oftmals in Schuldenfallen gegenüber ihren Arbeitgebern gefangen und arbeiten durchschnittlich am meisten. Die Zufriedenheit der Farmarbeitenden in Bezug auf ihr Arbeitsverhältnis ist unter den schwarzen kommerziellen und *communal farms* mit am höchsten, was oftmals auf den höheren Grad von Zugehörigkeit und empfundenen *Ownership* rückgeführt wird.

Nichtsdestotrotz sind FarmarbeiterInnen über alle Farmkategorien hinweg von der Gunst ihres Arbeitgebers abhängig: 90 Prozent der Befragten leben auf der Farm, auf der sie angestellt sind. Um ihre eigene Lebensgrundlage zu sichern – da der Mindestlohn erstens zu gering ist und zweitens oftmals nicht bezahlt wird – ist es für die FarmarbeiterInnen unabdingbar, eigenes Vieh zu halten. Zwar geben 70 Prozent aller Farmer an, dies zu erlauben, tatsächlich besitzen aber nur ein Drittel der Befragten eigenes Vieh. Wiederum untersagen vorwiegend weiße Farmer den Besitz von eigenem Vieh, meist mit der Begründung es gäbe nicht genügend Land (73 Prozent) oder um Konflikte mit den Angestellten zu verhindern. Nach Kündigung oder mit Eintritt in das Rentenalter haben Farmarbeitende keinen rechtlich gesicherten Anspruch, weiterhin auf den Farmen zu leben. Allerdings besitzen nur die wenigsten eigenes Land und werden damit wohnsitzlos. Der Besitz eigenen Viehs, könnten Farmer befürchten, erschwere die Vertreibung der FarmarbeiterInnen von der Farm nach Kündigung bzw. Renteneintritt. Entlassungen und Vertreibung sind kein seltenes Phänomen: Zwischen 2003 und 2006 haben 40 Prozent aller weißen Farmen und 15,8 Prozent der schwarzen Farmen Angestellte entlassen und anschließend von der Farm vertrieben. Die Farmer nannten mehrheitlich Abwesenheit ohne Urlaub, Arbeit unter Alkoholeinfluss und Diebstahl von Vieh als Gründe für die Entlassungen. Oftmals wird den Farmern jedoch vorgeworfen, disziplinare Vergehen als willkommene Ausrede zu nutzen, um langjährige MitarbeiterInnen zu entlassen, um so Pensionszahlungen oder eine weitere Unterbringung zu vermeiden.

FarmarbeiterInnen in Namibia sind zu einem nur sehr geringen Grad organisiert: Gerade einmal sieben Prozent der befragten FarmarbeiterInnen waren Mitglied einer Gewerkschaft und lediglich 36,5 Prozent der Befragten wusste überhaupt, was eine Gewerkschaft ist. So fehlt es den FarmarbeiterInnen generell an einer funktionalen Interessenvertretung, die zum einen strukturellen Einfluss hat, zum anderen aber auch Informationsasymmetrien aufwiegt: 80 Prozent der kommerziellen Farmer waren die gesetzlichen Mindestlohnansprüche bekannt, allerdings besaßen nur 14,4 Prozent der ArbeiterInnen Kenntnis darüber, dass ein Mindestlohn überhaupt existiert. Davon wiederum konnten lediglich sieben Prozent die korrekte Summe und weitere, mit dem Mindestlohn einhergehende Ansprüche benennen.

Katrin Mauch

1 Karamata, Cons (2006): Farm Workers in Namibia. Living and Working Conditions. Labour Resource and Research Institute. Windhoek, Namibia.

Familie Xoagubs Zuhause auf der Farm Verlang.

Immanuel Xoagub telefoniert mit der Schulbehörde.

Immanuel Xoagub

Der Protagonist in Schüttes Film hat seit dem Jahr 2008 keine ausreichende Arbeit mehr, ein Arbeitsunfall hat ihn den Job gekostet. „2007 kam Elizabeth und hat mich um Hilfe gebeten, weil sie nur einen Arbeiter hatte", erinnert sich Xoagub. Zunächst arbeitete er für seine Chefin als Hirte. „Ich führte das Vieh morgens zur Tränke und brachte es abends zurück. Ich passte auf die Kühe auf, pumpte das Wasser hoch und half mit den Maschinen", erzählt Xoagub.
Als seine Chefin merkte, dass er Maschinen reparieren konnte, stellte sie ihn fest an. Die Farmerin müsste die Geräte nicht mehr in die weit entfernten Städte Gobabis oder Windhuk bringen lassen, und Xoagub hätte ein festes Auskommen – das war die Abmachung. Bis zu jenem Tag, als seine Hand in einer Wasserpumpe eingeklemmt wurde. „Das Blut floss regelrecht. Ich habe das Kopftuch meiner Frau genommen und meine Finger damit umwickelt", sagt Xoagub, während er immer ernster wird. Sein durchdringender aber dennoch leerer, trauriger Blick hat einen Grund: „Der Unfall war um 9 Uhr morgens, erst um 10 Uhr abends war ich im Krankenhaus. Ich habe den ganzen Tag geblutet. Der Besitzer der Farm war hier, und auch sein Auto war hier an diesem unglücklichen Tag", erzählt er. Er ringt um Fassung, schweigt und fügt schließlich nur noch an: „So ist es passiert."

Die Fingerkuppen an Zeige- und Mittelfinger der rechten Hand fehlen ihm seitdem. Die Wunde wurde zwar letztlich im Krankenhaus genäht, anfangs schien die Hand auch zu heilen, doch dann wurde der ganze Arm taub. Er habe keine Kraft darin, klagt Xoagub heute. Tagsüber sei es zwar auszuhalten, doch nachts bekomme er kaum Schlaf. „Ich leide mit diesem Arm. All die Sachen, die ich früher machen konnte, kann ich heute nicht mehr machen: Zäune reparieren, Bauarbeiten, Maschinen auseinandernehmen und reparieren", sagt der 49jährige und fügt traurig an: „Das habe ich alles gemacht." Ein paar Kühe laufen im roten Sand zwischen den kargen Büschen umher, mühsam und umständlich versucht Xoagub, einen Draht am Weidezaun wieder festzumachen, kann aber kaum die Zange halten.

„Die Leute haben mir gesagt, dass ich wegziehen soll", erzählt er. „Die einzige Arbeit, die ich seitdem machen kann, ist auf Vieh aufzupassen." Doch dafür bekommt er nur einen Hungerlohn und ein paar Almosen. „Ich bekomme nur Versprechungen: Wir werden dir dies geben, wir werden dir das

geben. Nimm ein bisschen Maismehl, nimm etwas Tee und Zucker. Am Ende habe ich 100 Namibia-Dollar im Monat", erzählt er. Umgerechnet sind das etwa 6,70 Euro.

„Eine Behinderung, selbst wenn sie als Resultat eines Unfalls auftritt, ist nach dem Arbeitsgesetz ein Kündigungsgrund", erklärt der Arbeitsrechtler Herbert Jauch und hebt die Absurdität noch einmal hervor: „ein legaler Kündigungsgrund". Jauch war Gründungsdirektor des gewerkschaftsnahen *Labour Resource and Research Institute* (LaRRI), heute leitet er das Bildungszentrum der Metallarbeitergewerkschaft MANWU. Die Tageszeitung *the namibian* beschrieb ihn im Vorspann eines Interviews einmal als „engagierten Gewerkschafts-Denker" und „einzigartig beständigen Anwalt der Interessen der Arbeiter und der Armen". Doch die Realität, die er beschreibt, klingt brutal. „Ein Arbeitgeber kann sagen: 'Diese Person hat nicht mehr die Fähigkeit, für mich zu arbeiten, daher kann ich ihn jetzt entlassen.'" Immerhin stünde dem Arbeiter dann aber eine Erwerbsunfähigkeitsrente zu. „Das ist im Gesetz klar definiert", sagt Jauch.

Immanuel Xoagub hat dieses Gesetz nie gelesen, er hatte nie die Chance, lesen und schreiben zu lernen. Gehört hat er dennoch davon. Nach seinem Arbeitsunfall fuhr er nach Windhuk und ging ins Büro der zuständigen Kommission für Soziale Sicherheit. Dort bekam er etwas Geld und die Auskunft, er solle sich wieder bei seinem Arzt in Gobabis vorstellen, dem Verwaltungssitz seiner Heimatregion Omaheke. Von Verlang nach Gobabis sind es gut 120 Kilometer, für Xoagub ebenso eine halbe Weltreise, wie die Tour nach Windhuk. Als er in der Provinzhauptstadt ankam, war der Arzt nicht mehr da. Das Klinikpersonal schickte ihn weiter zum lokalen Büro des Sozialministeriums, doch auch dort wollte ihm niemand helfen. „Letztendlich", sagt Xoagub rückblickend, „habe ich aufgegeben".

„FarmarbeiterInnen sind die am meisten vernachlässigten BürgerInnen in Namibia", sagt der Menschenrechtsaktivist Uhuru Dempers. „Sie arbeiten, aber sie bleiben arm. Das Einkommen, das sie verdienen, ist sehr, sehr gering." Es gebe kaum ein Kind eines Farmarbeiters, das es auf eine weiterführende Schule oder gar an eine Universität schafft, erklärt er. „Das ist nahezu unmöglich. Unter den bestehenden Bedingungen, kann ein Farmarbeiter nur davon träumen, dass sein Kind einen Hochschulabschluss erreicht." Dempers, der sich in der Koalition für ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BIG) engagiert, redet ruhig und nüchtern, doch seine Sätze sind auf den Punkt formuliert, sie wirken wie Nadelstiche, adressiert an die namibische SWAPO-Regierung, die eigentlich einmal als sozialdemokratische Partei angetreten war, das Land zu erneuern. Den Status quo nach 25 Jahren in Freiheit fasst Dempers so zusammen: „Die Mehrheit der Menschen hier ist nicht in der Lage, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen."

Recht auf Bildung

Für Immanuel Xoagub sind das schon längst kaum noch seine eigenen Wünsche und Nöte, seine größten Sorgen gelten seinen Kindern. Er hält sein altes Handy hoch in die Luft. Das Freizeichen ist immer wieder unterbrochen, der Empfang schlecht. Nach endlosem Klingeln meldet sich eine Stimme am anderen Ende, ein Beamter der Schulbehörde. Auf Afrikaans, der Sprache der einstigen burischen Besatzer, die in Namibia zur Lingua franca geworden ist, fragt Xoagub nach jemandem, der seine Muttersprache Damara spricht. Der Beamte holt einen Kollegen, dem Xoagub schließlich sein Problem schildern kann. Vier seiner fünf Kinder gehen in Witvlei zur Schule, der nächsten Kleinstadt, 90 Kilometer entfernt von Verlang. Doch die Familie kann die Schulgebühren und Internatskosten nicht bezahlen, nicht einmal für Hygieneartikel wie Seife hat Xoagub genügend Geld. Murmelnd hört der Beamte zu, bis Xoagub schließlich fragt, ob er Unterstützung bekommen kann. „Eijeijeijei", seufzt der Beamte, dann plötzlich ein „Tut tut tut", die Leitung ist abgesprochen. Eine Frauenstimme erklingt: „Sie haben kein ausreichendes Guthaben, um Anrufe zu machen, vielen Dank, dass Sie MTCs Prepaid-Service nutzen. Auf Wiedersehen." Frustriert steckt Xoagub sein Telefon ein. Im Hintergrund kocht seine Frau in schwarzen gusseisernen Töpfen über offenem Feuer das Mahl des Tages. Im roten Sand liegt eine nackte Plastikpuppe, ein Bein ist gebrochen, ein Arm abgerissen.

„Die Geldprobleme werfen mich aus der Bahn, ich kann die einfachsten Sachen nicht bezahlen", klagt Xoagub. Am meisten quält ihn, dass er nicht für seine Kinder sorgen kann. Mühsam macht er mit seinem gesunden linken Arm den Eselskarren fertig. Die Familie will nach Witvlei aufbrechen, um dort bei der Schule vorzusprechen. Die Ferien sind vorbei und Xoagub hofft, dass seine Kinder doch noch einmal aufgenommen werden, auch wenn er nicht für sie bezahlen kann.

Elf Stunden brauchen sie für die 90 Kilometer auf den Sand- und Schotterpisten. Es hat noch nicht geregnet, das Gras ist ausgedörrt und die Esel sind entsprechend schwach. Doch es hilft nichts. „Die Kinder müssen in die Schule, damit sie die Früchte von morgen ernten können", sagt Xoagub. Beim letzten Mal half die Schule ihm aus, erzählt er, doch dieses Mal müsse er voll bezahlen, das zumindest hätte man ihm vor den Ferien gesagt. Die Ungewissheit nagt sichtlich an ihm, die Stimme ist gedämpft und traurig.

In Witvlei angekommen, erklärt die Internatsleiterin der Nossob-Grundschule ihm haargenau die Gebührenstruktur, die einzelnen Posten für Schule und Internat sowie die staatlichen Zuschüsse. Auf ihrem Tisch liegt neben einem Schlüsselbund nur eine Preisliste mit der unmissverständlichen Aufschrift „Keine Verhandlungen über Internatsgebühren", auf die sie permanent mit ihrem Finger tippt. Unter dem Strich bleibt ein Betrag von 551 Namibia-Dollar, den man in zweierlei umrechnen kann: Etwa 37 Euro oder fünfeinhalb Monatslöhne für Xoagub. Der hört sich alles geduldig an, um schließlich festzustellen: „Ich will ehrlich sein, ich habe nicht einmal zehn Dollar. Ich kann meinen Kindern nicht mal einen Waschlappen kaufen."

„Ok, ich verstehe", sagt die Internatsleiterin dann etwas überraschend. „Wir werden sehen, wie wir Ihnen helfen können. Wir können keine Kinder ablehnen, die zur Schule gehen wollen und keine Unterkunft haben", stellt sie mit einem Seufzen klar. „Ich werde mich beim Schulleiter für Sie einsetzen." Für Xoagub beginnt damit ein Behördenmarathon, den er sich ohne die Unterstützung des Filmteams nicht zugetraut hatte und den er sich auch nicht hätte leisten können. Von Witvlei trampt er die 60 Kilometer zur Bildungsbehörde nach Gobabis. Mit dem Auto ist das eine gute halbe Stunde Fahrt auf der Teerstraße, doch weil von Trampern in Namibia normalerweise Benzingeld verlangt wird, wäre nicht einmal diese Beförderungsoption für Xoagub ohne Hilfe erschwinglich. Zudem habe er dort bisher keine guten Erfahrungen gemacht, sagt er. Lange schon habe er die Behörde um Unterstützung gebeten, geholfen worden sei ihm nie.

Der Beamte, ein stabiler Mittvierziger im weißen Hemd mit offenem Kragen, erklärt, dass nach dem Bildungsgesetz zunächst die Schulleitung eine Ausnahme von der Gebührenpflicht empfehlen müsse. Dort gebe es auch ein entsprechendes Formular, das die Schule dann an die Behörde weiterleiten könne. „Immanuel muss also gar nicht hierherkommen", sagt der Mann – wohlgemerkt der Journalistin Matilde Kulo, die Xoagub begleitet. Mit ihm selbst spricht er nicht, auch wenn er genau vor ihm sitzt. Nur über ihn. Der Beamte nennt ihn auch nicht Herrn Xoagub, für ihn ist er – der Eindruck lässt sich nicht verdrängen – der arme Immanuel, der Farmarbeiter, der Ahnungslose, der untergebene Bittsteller.

„Wir haben eine Gesellschaft die von Ungleichheit geprägt ist. Kolonialismus und Apartheid waren nichts anderes als institutionalisierte Ungleichheit, auf allen Ebenen – Hautfarben, Geschlechter und daraus resultierend soziale Klassen", sagt der Arbeitsrechtler Jauch. „Wenn man nun ein Land übernimmt, das so tiefe Gräben aufweist, dann gibt es zwei Möglichkeiten, damit umzugehen", erklärt er. „Entweder sagt man: 'Vergebt und vergesst, lasst die Vergangenheit Vergangenheit sein!' Oder man sagt: 'Weil wir so große Ungleichheit haben, bedarf es eines systematischen Programms der Umverteilung – zugunsten der Armen." Jauchs nüchterner, erklärender Redestil weicht langsam einem des emotionalen Appells. Er spricht von benötigten staatlichen Interventionen bei der Gesundheitsversorgung, im Schulsystem oder im staatlichen Wohnungsbau – und von einem Steuersystem, durch das die Superreichen – in Namibia in der Regel die einstigen Profiteure von Kolonialismus und Apartheid – für die Grundbedürfnisse der Armen aufkommen könnten. Auch Jauch fordert ein bedingungsloses Grundeinkommen als „grundlegendes ökonomisches Recht zum Überleben". Man könne damit sagen: „Wie wollen es nicht akzeptieren, dass in einem Land mit den Ressourcen, wie Namibia sie hat, Menschen aus Mülleimern essen." Doch der Gewerkschaftsexperte weiß auch, woran es hakt im Land, denn „das", sagt Jauch, „das setzt einen politischen Willen voraus". Und es bedeute „in einer von ungebremstem Freihandelskapitalismus dominierten Welt" eben auch, dass man gegen die herrschende Ordnung agiere. „Das hat Namibia nicht gemacht", sagt er. „Wir haben mitgespielt. Wir haben die Privilegien einiger Weniger in unserer Verfassung festgeschrieben." Im Prinzip habe die Regierung die Devise ausgegeben: „Egal, wie ihr euren Reichtum angehäuft habt, es ist eurer, für immer. Egal, ob ihr ganze Familien ermordet habt, um eure Farm zu bekommen – historisch gesehen –, sie bleibt eure."

Für Menschen wie Immanuel Xoagub bleibt in diesem System nur ein Leben in Armut – und genau die erschwert es ihm, überhaupt an die wenigen staatlichen Leistungen zu kommen, die ihm zustehen. Wie von dem Beamten in Gobabis verlangt, fährt er zurück nach Witvlei. Dort erklärt ihm der Schulleiter, ein fülliger Mann in blauem Karohemd mit lila

Krawatte unter der offenen schwarzen Lederjacke, dass Eltern, die arbeitslos sind, bei der Schulleitung einen Erlass der Schulgebühren beantragen können. Seine Schule werde ihm also beim Schreiben des Antrags helfen, brauche dazu aber einen Nachweis der Mittellosigkeit, wofür bereits eine beglaubigte Selbstauskunft bei der Polizei ausreiche. Warum Xoagub diese Auskunft in den Jahren zuvor niemand erteilt hat, sagt der Mann nicht. Xoagub jedenfalls läuft zur lokalen Polizeidienststelle und schildert der jungen Beamtin hinter dem vergitterten Empfangstresen sein Anliegen. Die Frau nimmt seine Aussagen zu Protokoll und lässt ihn das Schreiben signieren. Er drückt dazu seinen rechten Daumen auf ein Stempelkissen und anschließend fest auf das Blatt Papier.

Eine Schulsekretärin muss dann noch Bescheinigungen für seine vier schulpflichtigen Kinder ausstellen, dann fährt er – wiederum unterstützt von der Filmcrew – zurück nach Gobabis. Dort zeigt sich der Beamte der Schulbehörde „sehr zufrieden" mit den Papieren, alles sei in Ordnung und vollständig. Aber, er spricht Xoagub inzwischen selbst an: „Sie sind etwas spät dran, für nächstes Jahr müssen Sie bereits dieses Jahr den Antrag stellen, damit es keine Probleme gibt und die Kinder des Internats verwiesen werden." Er erklärt ihm noch, dass die Schulbehörde keinerlei Versorgung für die Schüler wie „Seife und all das" bereitstelle, Xoagub sich dazu aber an den Sozialarbeiter an der Schule wenden könne. Zum Abschied hält der Beamte die Hand des Farmarbeiters lange fest und gibt ihm einen Satz mit auf den Weg: „Jetzt, da ihre Kinder frei zur Schule gehen können, müssen Sie sie bitte motivieren, sehr fleißig zu lernen."

Der Pathos des Beamten hat mit der Realität der meisten Farmarbeiterkinder wenig zu tun. Oft müssen die sich ihre Verpflegung erbetteln. Weil sie dazu in den Straßen der Stadt umherziehen, so berichtet die Frauenrechtsaktivistin Rosa Namises, werden sie von den wohlhabenderen EinwohnerInnen als *here-they-come-agains* also die, die immer wieder kommen, bezeichnet. „Sie haben kein Essen, sie haben keinen Zugang zu Gesundheitsversorgung, ihre Menschenwürde ist nicht existent", beschreibt sie die Situation der Kinder. Namises verzieht ihr Gesicht so, als wolle sie die Hässlichkeit dieser Situation, diese schreiende Ungerechtigkeit, mimisch untermalen. „Es dauert Jahre, selbst einen Vierjährigen wieder aufzubauen, um dieses Kind wie einen Bürger dieses Landes leben zu lassen", erklärt sie mit brüchiger Stimme.

Immanuel Xoagub auf dem Weg nach Windhoek.

Immanuel Xoagub und Matilde Kulo beim Ministerium für Arbeit und Soziales.

Familie Xoagubs reisen mit ihrem Eselskarren.

Viele FarmarbeiterInnen in Namibia teilen Immanuels Xoagubs Schicksal.

Die Macht der Sprache

Xoagub weiß, was dieses Dasein, abgedrängt an den Rand der Gesellschaft, in der Praxis bedeutet. Und er kennt die Komponente Rassismus aus Erfahrung. Er tippt die Nummer des Ministeriums für Arbeit und Soziales in sein abgewetztes Handy und streckt es in den Himmel. „Kann ich bitte mit jemandem reden, der Nama spricht?" fragt er auf Afrikaans. Die Verbindung ist offensichtlich schlecht, der Mann am anderen Ende klingt genervt. „Sprich einfach Afrikaans, warum wollen Sie Nama sprechen!?" entgegnet der Beamte. „Weil ich mehr erklären will", sagt Immanuel, noch immer auf Afrikaans. „Sie wollen was?", bellt der Staatsdiener da zurück. „Ich möchte mein Anliegen genau erklären, in meiner Sprache", sagt Xoagub, immer noch ruhig und freundlich. „Dies ist ein englisches Büro, ich verstehe kein Nama", rattert der Beamte daraufhin ins Telefon und schiebt gar zynisch die Frage nach: „Wie wollen Sie, dass man Ihnen hilft, wenn Sie kein Afrikaans oder Englisch sprechen?"

Der 1990 verabschiedeten Verfassung nach hätte Xoagub genau darauf ein Anrecht. Zwar ist Englisch als einzige Amtssprache festgeschrieben, die Familie der Khoekhoegowab-Sprachen, zu der Nama gehört, gilt jedoch als Nationalsprache – genau wie Afrikaans und eine Reihe weiterer Sprachen. Nach der Oshiwambo-Sprachgruppe sind die Khoekhoegowab-Sprachen gar am zweithäufigsten verbreitet – der Volkszählung von 2011 zufolge werden sie in elf Prozent der Haushalte gesprochen, Afrikaans nur in zehn. Die anerkannten Nationalsprachen gelten in den Regionen des Landes als optionale Amtssprache, in denen sie „von einem nennenswerten Anteil der Bevölkerung" gesprochen werden. In Omaheke trifft das auf Nama unzweifelhaft zu.

Doch Xoagub beruft sich nicht auf die Verfassung, er fleht um Verständnis: „Ich habe auf Arbeit meinen Finger verloren, ich möchte das deutlicher in meiner Sprache erklären", sagt er auf Afrikaans. „Rufen Sie jemand anderen an und erklären sie dem das", antwortet der Beamte kalt, sagt noch genervt „Ok? Tschüss!" und legt auf.

FarmarbeiterInnen zählen nicht viel in Namibia, sie sind das schwächste Glied in einer Gesellschaft, die bei der Ungleichverteilung von Einkommen und Wohlstand weltweit ihresgleichen sucht. Eine der Hauptursachen für die extrem prekäre Rolle der LandarbeiterInnen ist ihre Vereinzelung. „In der Isolation kannst du nichts ausrichten", sagt auch Herbert Jauch und verweist auf den alten Gewerkschaftsslogan *united*

we stand, devided we fall. „Die Entfernungen zwischen den Farmen verhindern regelmäßige Treffen, um Probleme zu diskutieren, wie andere Arbeiter in der Stadt das tun, um sich gegenseitig zu unterstützen", erklärt er. Wenn gewerkschaftliche Organisation keine Option sei, dann bräuchten die FarmarbeiterInnen eine Organisation, die im ganzen Land Rat und Hilfe anbietet und leicht zu erreichen ist, eine Telefonhotline oder ein Regionalbüro. „Eine Beratungsstelle für Rechtsangelegenheiten in Windhuk zu haben, löst das Problem kein bisschen – das muss dezentral und erreichbar sein." Sowohl die Gewerkschaften als auch Rechtshilfeorganisationen wie das *Legal Assistance Centre* (LAC) müssten darüber nachdenken, wenn sie etwas bewegen wollten. Jauch bringt die Idee einer Hotline ins Spiel – Handys sind das am weitesten verbreitete Kommunikationsmittel in Namibia –, über die FarmarbeiterInnen an die richtigen Ansprechpartner in lokalen Zentren verwiesen werden könnten. „Aber das erfordert den Willen, es zu tun, und den Willen, diese Probleme systematisch anzugehen", sagt Jauch energisch. Man müsse deutlich machen: „Das sind keine Nebenschauplätze, wir behandeln FarmarbeiterInnen nicht als kleines Thema am Rande, sondern wir machen sie zum Zentrum unserer Arbeit."

Dass etwas Hilfestellung und Beratung schon unter den derzeitigen gesetzlichen Gegebenheiten in Namibia einiges verändern könnte, zeigt Xoagubs Beispiel. Nachdem er seine Kinder im Internat untergebracht hat, fährt er – auf Anraten des Filmteams, das ihn begleitet –, noch einmal nach Gobabis. Ziel ist das Regionalbüro des Ministeriums für Arbeit und Soziales, von dessen Mitarbeiter Xoagub am Telefon noch so barsch abgewiesen worden war. Es geht ihm darum, noch einmal einen Antrag auf Erwerbsunfähigkeitsrente zu stellen. In Namibia ist das eine staatliche Leistung, die jeder beantragen kann, der dauerhaft arbeitsunfähig ist. Die erste Hürde ist jedoch schon der Weg zur Behörde. Geld für die Reise hat Xoagub nicht, die Journalisten bezahlen die Fahrt.

Im Büro des Ministeriums hat Xoagub Glück. Eine junge Beamtin bietet ihm freundlich einen Stuhl an und bittet ihn in seiner Muttersprache Nama, seinen Fall zu schildern. „Schauen Sie, solch ein Formular werden Sie bekommen", beschreibt die Beamtin anschließend anhand eines bereits ausgefüllten Antragsbogens. Sie erklärt Xoagub, dass er von einem Arzt untersucht werden wird, der das Formular ausfüllen würde, ehe er, der Antragsteller, es zurück zum Büro des Ministeriums bringen müsse. Zwei bis drei Wochen würde die Bearbeitung dauern, erklärt die junge Frau, fügt aber auch gleich hinzu, dass er alle zwei Wochen anrufen könne, sollte es zu Verzögerungen kommen. Doch die „Glückssträhne" reißt schon im Krankenhaus von Gobabis ab. Die Ärzte, so berichtet Journalistin Kulo, hätten sich Xoagubs Arm nicht einmal genauer angesehen. Mit dem Rat, sich physiotherapeutisch behandeln zu lassen, schickten sie ihn weg. Auf sich allein gestellt, wäre der Farmarbeiter an dieser Stelle erneut gescheitert. Doch das Filmteam bezahlt ihm die Untersuchung in einer Privatpraxis. Eine Ärztin zeigt Xoagub erstmals Röntgenbilder seiner Hände. Die Untersuchung belegt, dass er zu 75 Prozent arbeitsunfähig ist. Sieben Jahre nach dem Unfall kann Xoagub schließlich doch noch den Antrag auf Erwerbsunfähigkeitsrente einreichen, ein halbes Jahr später, im April 2014, bekommt er erstmals die 600 Namibia-Dollar ausgezahlt, die ihm über all die Jahre monatlich zugestanden hätten. Inzwischen hat der im März 2015 vereidigte Präsident Hage Geingob den Rentensatz auf 1000 Namibia-Dollar (67 Euro) angehoben.

Doch Xoagubs Leben ist auch damit noch weit entfernt davon, sorglos zu sein. Das Gesundheitssystem ist die nächste Hürde, die es zu überwinden gilt. Seine Frau benötigt Medikamente gegen ihren erhöhten Blutdruck, die es in der Klinik in der nahegelegenen Ortschaft Nina auch gibt. Doch Nina gehört zur Region Khomas, die Farm Verlang aber liegt in der Region Gobabis. Die Xoagubs müssen daher in die wesentlich weiter entfernte Klinik nach Witvlei fahren – elf Stunden pro Richtung mit dem Eselskarren. Die Regionaldirektorin für das Gesundheitswesen in Gobabis beteuert im Interview zwar, dass Patienten nicht deshalb abgewiesen werden könnten, weil sie in einer anderen Region wohnen. Doch das ist die Theorie, die Xoagubs kennen die Praxis. Und sie hoffen, dass sie nie einen Krankenwagen benötigen, weil der nicht auf die Farm fahren würde. Der lokalen Klinik fehlen dazu schlicht die Ressourcen.

Heimatlos

Wie lange sie auf Verlang überhaupt noch wohnen dürfen ist derweil die Frage, die Immanuel Xoagub am meisten umtreibt. Denn durch seine Behinderung hat er nicht nur seine Arbeit verloren, sondern damit auch das Recht, auf der Farm zu leben. Die Besitzer wollen die Familie nun rauswerfen, das Ministerium für Land und Umsiedlung hat bereits den Räumungsbefehl geschickt. Frau Xoagub holt das Schreiben aus

der Wellblechhütte. Der Himmel über dem roten Sand ist strahlend blau, die Ruhe der Halbwüste fast greifbar, die Szenerie wirkt nahezu idyllisch. Doch das ist nur der passende Rahmen für all den Zynismus, den die Xoagubs ertragen müssen.

Knapp eine Minute lang klingelt das Telefon im Ministerium, ehe sich eine Frau bequemt, den Hörer abzunehmen. „Lands, guten Tag", sagt sie knapp. Immanuel Xoagub grüßt freundlich und erklärt dann: „Ich habe einen Brief bekommen, in dem steht, dass ich Verlang verlassen muss. Aber ich habe Frau und Kinder und auch Nutztiere." Er versucht noch zu fragen, wo er denn nun hingehen solle, doch da fällt ihm die Beamtin schon ins Wort. „Schreiben Sie einfach einen Brief ans Büro, in dem Sie all die Dinge erwähnen, die sie sagen", sagt sie so bestimmt wie gelangweilt. Xoagub will etwas erwidern, doch er kommt nicht zu Wort. „Schreiben Sie einen Brief ans Büro", würgt die Beamtin ihn erneut ab. „Aber ich kann nicht schreiben", sagt er schließlich doch noch, „und ich habe auch kein Geld, um in Ihr Büro zu kommen." Die Empathie der Staatsbediensteten hält sich in engen Grenzen. „Denken Sie das Büro kommt zu Ihnen, oder was, hmm Immanuel?" fragt sie sarkastisch. „Nein, aber was soll ich tun?" fragt der zurück und erhält zur Antwort: „Geh zu Fuß! Lauf nach Witvlei, lauf nach Gobabis. Das ist nicht das Problem unseres Büros." Als er noch einmal insistiert, kein Geld zu haben, um ins Büro zu kommen, folgt noch eine kaum verschleierte Drohung: „Wollen Sie, dass wir kommen, um uns anzuhören, warum Sie auf unserer Farm sind?"

Als Namibia 1990 nach jahrzehntelangem Unabhängigkeitskampf und über einem Jahrhundert der Unterdrückung durch Deutsche und SüdafrikanerInnen frei wurde, dachten auch LandarbeiterInnen wie die Xoagubs, dass die Farmen nun die ihrigen werden könnten. „Wenn sie mir wenigstens einen anderen Ort geben würden, an den ich ziehen kann", sagt Immanuel Xoagub heute leise. Er ist nervlich sichtbar am Ende, kratzt nervös an seinen verstümmelten Fingern. „Ich habe Vieh und Kinder", sagt er, „ich weiß nicht mehr, was ich tun soll."

„Als Farmarbeiter besitzt du wirklich gar nichts", sagt der Menschenrechtsaktivist Dempers. „Selbst die Hütte, in der du wohnst, gehört jemand anderem. An dem Tag, an dem du gefeuert wirst oder in Rente gehst, kannst du angewiesen werden, deine Klamotten in eine Tasche zu packen und die Farm zu verlassen." Der Arbeitsrechtler Jauch war dabei, als im Parlament in Windhuk darüber beraten wurde, die Rechte der LandarbeiterInnen zu stärken. Eine Kommission hatte vorgeschlagen, die Gesetze so zu ändern, dass langjährige ArbeiterInnen auch nach der Kündigung weiter auf ihrer Farm leben dürften. Eine Delegation der Gewerkschaft, der auch Jauch angehörte, stellte das Vorhaben im Parlament vor. Doch das Ansinnen wurde abgelehnt, von allen Parteien, wohlgemerkt 1997, lange nach dem Ende der Apartheid-Besatzung. „Wir haben uns die Leute angesehen und uns gefragt, warum", erzählt Jauch heute. Er grinst bitter, ehe er das Rätsel auflöst: „Sie waren alle Farmer, alle diese Parlamentarier sind Teilzeit-Farmer – sie besitzen Farmen und sie denken wie Farmer, nicht wie Farmarbeitern." Die Gewerkschafter waren isoliert. „Unsere Abgeordneten", betont Jauch, „steckten mit der weißen Bauernvereinigung unter einer Decke". Es sei eine bewusste politische Entscheidung gewesen, den Arbeitern kein Wohnrecht einzuräumen, sagt der Arbeitsrechtler. „Und das hat den Weg dafür bereitet, das einige heute auf der Straße landen." Die Resignation schwingt in Jauchs Worten nun fast genauso mit wie in Xoagubs. Er weiß, dass es möglich gewesen wäre, Politik für die Armen zu machen. Doch die ParlamentarierInnen, in der großen Mehrheit Abgeordnete der von der Befreiungsorganisation zur Regierungspartei gewandelten SWAPO, wollten es nicht. Sie entschieden sich gegen die Arbeiter, „aus persönlichen Interessen", wie Jauch sagt. Und so haben Namibias LandarbeiterInnen nicht einmal dann ein Recht zu bleiben, wenn sie keine andere Unterkunft finden können. „Die Macht liegt beim Farmbesitzer", stellt Jauch klar.

Uhuru Dempers beschreibt das Resultat dieser Politik und verweist dazu auf einen Zeitungsartikel. „Ich war geschockt, zu lesen, dass jedes Jahr 6.000 namibische Kinder unter fünf Jahren an Unterernährung sterben", sagt er. Den Report, der diesen Zahlen zugrunde liegt, hatte das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) im Jahr 2011 veröffentlicht, das Vorwort schrieb der damalige Premierminister Namibias, Nahas Angula. Fast jedes dritte Kind in Namibia, auch das erfährt der Leser dieses Berichts, ist unterernährt. 23 Prozent der Vorschulkinder leiden demnach unter Vitamin-A-Mangel und haben dadurch ein 20-mal höheres Risiko, an gewöhnlichen Kinderkrankheiten zu sterben. „Wie kann unsere Regierung es zulassen, dass 6.000 unschuldige Kinder verhungern?" klagt Dempers an. „Warum haben wir nicht den politischen Willen, drastische Maßnahmen zu ergreifen, um den strukturellen Ursachen von Armut in diesem Land zu begegnen?"

Die Antwort findet sich wohl am ehesten in dem Phänomen, das Bertolt Brecht schon 1934 beschrieb: „Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an. Und der arme sagte bleich, wär ich nicht arm, wärst du nicht reich." Etwas weniger plakativ umreißt Uhuru Dempers die zugrunde liegenden Fehler bei der Landreform. „Unsere Intervention war bisher sehr elitär", sagt er und beschreibt, dass die Regierung Menschen Farmen zugeteilt habe, die keine Regierungsunterstützung bräuchten, weil sie ausreichend viel verdienten, um einen Kredit von der Bank zu bekommen. „Staatssekretäre und Direktoren in der Regierung haben von unserer Landreform profitiert", sagt Dempers. Die Landlosen und die Ärmsten der Armen, kommen dagegen nicht einmal in Frage für die Zuteilung eines Stück Lands. Grund dafür ist ein Punktesystem, nach dem Farmland verteilt wird. Bevorzugt werden dabei AntragstellerInnen mit guter formeller Bildung, idealerweise einem Abschluss in Agrarwissenschaften, die zwischen 100 und 150 Stück Vieh besitzen.

Immanuel Xoagub besitzt zwei Rinder. Auf seinen Antrag auf Zuteilung einer Farm, eingereicht im Oktober 2013, hat er nicht einmal eine Antwort bekommen. Mit Hilfe der JournalistInnen fährt Xoagub noch ein letztes Mal nach Gobabis, diesmal ins Ministerium für Land und Umsiedlung. Zwei Männer sitzen dort in einem vollkommen kargen Zimmer an einem braunen Tisch. Es gibt in dem Raum keine Schränke, keine Bilder. Die roten Augen des wortführenden Beamten zeugen eher von einer langen Partynacht als von professioneller Kompetenz. Er redet in eindringlichem Tonfall, lässt sich aber kaum mehr als Allgemeinplätze entlocken. Natürlich räume man niemanden einfach so, jeder Fall müsse untersucht werden, alle Parteien angehört werden. Seinem Kollegen fällt noch ergänzend ein, dass es schließlich nicht Sache ihres Ministeriums sei, sich „um Arbeitsangelegenheiten auf Umsiedlungsfarmen zu kümmern". Wenn ein Arbeiter also von der Farm getrieben werden soll, weil er entlassen wurde, sei das „keine Sache des Ministeriums für Land" schlussfolgert der Beamte der Behörde, die die Räumungsbescheide verschickt.

Für Xoagub gibt es in dieser Sache nichts zu bestellen, die Beamten lassen sich nicht einmal darauf ein, konkret über sein Problem zu sprechen. Die Gesetze, die die Farmer im Parlament erlassen haben, sprechen gegen ihn. Zurück auf Verlang sitzt er mit seiner Frau vor der Blechhütte, wo der kleinste Sohn unbeschwert im Sand spielt, und zieht Bilanz. Er sei sich klar darüber, dass sich nicht alle seine Probleme auf einmal beheben ließen. „Aber wenn ich in der Lage wäre, für einige eine Lösung zu finden und für die anderen später, dann wäre das meine Definition von Glück." Doch die Realität vor der Bilderbuchkulisse der namibischen Halbwüste sieht wesentlich trostloser aus. „Alles stagniert", sagt Xoagub, „alles was ich versuche, erweist sich als aussichtslos".

„Diejenigen, die 50.000 Hektar Land besitzen, sind jetzt zu Genossen geworden, mit Parteibuch der Regierungspartei", konstatiert Uhuru Dempers. „Wird unsere Regierung also willens sein, diese Großgrundbesitzer anzugreifen?" fragt er rhetorisch. „Werden sie sagen, 'Genosse, du hast zu viel, wir haben eine Mehrheit der Menschen hier, die gar kein Land haben. Können wir reden und können wir teilen?'" Immanuel Xoagubs Schicksal beweist – beispielhaft für Namibias verarmte FarmarbeiterInnen – das Gegenteil. Ohne Hilfe von außen bekommen sie nicht einmal die Leistungen, die ihnen aufgrund der aktuellen Gesetzeslage zustehen. Doch selbst mit Unterstützung bliebe ihre Lage prekär, zu machtlos sind die ArbeiterInnen in ihrer Isolation auf den einzelnen Farmen, zu stark ist der Einfluss der Landbesitzer in der Politik.

Dwaal Net Rond – The Forgotten. Dokumentarfilm von Thorsten Schütte. Deutschland, Namibia 2015, 62 Min.

Christian Selz* ist Journalist und befasst sich seit 2008 intensiv mit Politik, Gewerkschaften und Arbeitskämpfen im südlichen Afrika. Für die KASA hat er bereits die Broschüre „Aufstand im Paradies" über die Farmarbeiterstreiks Ende 2012 in Südafrika verfasst. Derzeit arbeitet er als Redakteur im Auslandsressort der Tageszeitung *junge Welt.

Die Zeit heilt und schmerzt zugleich

Prosper B. Matondi

Mit seinen 13,1 Millionen Einwohnern steht das Binnenland Simbabwe laut *Human Development Index* 2014 (UN-Entwicklungs-index) an 156. Stelle der 187 einkommensschwächsten Länder und laut Welthunger-Index 2013 an 46. Stelle der 78 Länder, die am stärksten von Nahrungsmittelknappheit betroffen sind. Bei einer HIV-Prävalenz von 13,7 Prozent gibt es 1,6 Millionen Waisen und andere hilfsbedürftige Kinder, die von nicht minder hilfsbedürftigen Betreuungspersonen unterstützt werden.[1] Die Alphabetisierungsquote beträgt 97 Prozent, wobei allerdings der von der Landwirtschaft lebenden Bevölkerung seit jeher eine nur geringe Schulbildung zuteilwurde; viele erhalten gerade einmal eine Bildung auf Grundschulniveau an ganz unterschiedlichen länd-lichen Schulen, die nicht alle die Mindestanforderungen des Ministeriums für Bildung und Erziehung erfüllen.[2]

Simbabwes Wirtschaft und Landwirtschaft

Nach schwierigen Jahren, einschließlich der Hyperinflation von 2007–2008, erholt sich die Wirtschaft des Landes allmählich. Zwischen 2009 und 2011 stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) jährlich um 6,7 Prozent, danach auf für 2015 prognostizierte 2,8 Prozent.[3] Zur Entwicklung seiner Infrastruktur und des Dienstleistungssektors sowie zur Versorgung mit Konsumgütern hat Simbabwe eine Mindestförderung aus Fernost erhalten. In grundlegenden Bereichen, wie der Bildung, der Trinkwasser- und Sanitärversorgung und der Ernährungssicherheit, hat das Land von zivilgesellschaftlichen Organisationen westlicher, bilateraler Geberländer Unterstützung erhalten. Außerdem erhielt Simbabwe direkte humanitäre Hilfe, als die großen, im Parlament vertretenen Parteien – die *Zimbabwe African National Union-Patriotic Front* (ZANU-PF) und die *Movement for Democratic Change-Tsvangirai* (MDC-T) – zwischen 2009 und 2013 eine Koalitionsregierung bildeten. Allerdings wurde die multilaterale Unterstützung im Zuge von Sanktionen einiger Geberländer, die im Jahr 2000 verhängt wurden, eingestellt, denn Simbabwe befand sich bereits im Zahlungsrückstand, als im selben Jahr eine beschleunigte Agrarreform, das *Fast Track Land Reform Programme,* eingeleitet wurde. Die von der Europäischen Union verhängten Sanktionen wurden Ende 2014 gelockert, was zur Ankurbelung der Handelsaktivitäten führte.

Der Anteil der Landwirtschaft am BIP beträgt 20 Prozent, wobei 70 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft abhängig sind.[4] Es muss mit vermehrten Trockenperioden und Niederschlagsschwankungen gerechnet werden. Die Abholzung aufgrund von Bevölkerungswachstum, Verstädterung und Brennholzbedarf führte zu einer zunehmenden Bodenerosion und -degradation, was in vielen Landstrichen eine verringerte Bodenfruchtbarkeit zur Folge hatte.[5]

> „Wir gehören weder hierher noch dorthin. Wir leben von einem Tag auf den anderen, doch am Ende wissen wir nichts anderes, als dass wir von Geburt an Simbabwer sind…"
>
> **Farmarbeiter aus Mazowe**

Dieser Überblick zeigt, wie sich die Situation vieler FarmarbeiterInnen verändert hat, gewährt Einblick in neue Entwicklungen für die in der Landwirtschaft Tätigen und beleuchtet die Verhältnisse auf „erworbenen" und zugeteilten Farmen, die im von der Landwirtschaft geprägten Simbabwe größtenteils dem Staat gehören. Die Zukunft ehemaliger FarmarbeiterInnen und ihrer Familien gestaltet sich schon allein deshalb unsicher, weil sich niemand mehr für sie interessiert und kaum mehr über sie berichtet wird und viel mehr noch, weil eine ganze Reihe von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften wie die *General Agriculture Plantation Workers Union* (GAPWU), die sie vertraten, größtenteils verstummt sind. Viele in diesem Bericht gewonnene Einsichten basieren auf Untersuchungen in Mazowe und Shamva in den Jahren 2004 und 2007 sowie der Entwicklungsarbeit von *Ruzivo Trust*. Für die FarmarbeiterInnen zeichnet sich in Bezug auf Arbeitsbeziehungen und Ausgestaltung der Arbeitspolitik eine Situation ab, wie sie vor der Unabhängigkeit Simbabwes 1980 und danach bis ins Jahr 2000 vorherrschte.

Dieser Bericht untersucht einige der wichtigsten Merkmale wie Zugang zu Landbesitz, Arbeitsbeziehungen und Lebensunterhalt der FarmarbeiterInnen, die zum Verständnis und zur Verdeutlichung der aktuellen Entwicklung des Landes erforderlich sind.

Die Landreform und ihre Auswirkungen auf die FarmarbeiterInnen

Seit den Landreformen im Jahr 2000 sind 98 Prozent der Farmer KleinbäuerInnen, die 73 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Simbabwes bewirtschaften.[6] Das Landreformprogramm, das seit 2000 umgesetzt wird, bewirkte, dass mindestens zehn Millionen Hektar Land, die zuvor 4.500 Farmern gehörten, sich nun auf über 6.000 verteilten. Es gab zwei verschiedene Modelle (siehe Kasten), nach denen das Land neuen Farmern, zumeist Schwarzen, zugeteilt wurde. Das erste, sogenannte Modell A1, war für Kleinbauern mit durchschnittlich sechs Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche bestimmt. Von diesem Modell profitierten 180.000 Farmer auf insgesamt mindestens sechs Millionen Hektar Land, wobei fünf Prozent davon an ehemalige FarmarbeiterInnen vergeben wurden.

Das zweite Modell, A2, kam 18.000 Farmern auf etwas knapp über vier Millionen Hektar Land zugute. Von diesem Modell profitierten weniger die FarmarbeiterInnen, als vielmehr kommerzielle Farmen, die strenge Auswahlkriterien erfüllen mussten, wie z.B. ob sie über natürliche Ressourcen verfügen, einen Farm-Manager einstellen sowie einen Projektvorschlag ausarbeiten können, aus dem hervorgeht, was der Farmer mit dem zugeteilten Land vorhat. Wer ausgewählt wurde, bekam mindestens 30 Hektar Land zugeteilt. Charakteristisch für kleine landwirtschaftliche Betriebe sind eine niedrige Produktivität und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit; außerdem sind sie von eingeschränkten Zahlungsfristen, geringen Finanzierungsmöglichkeiten, eingeschränktem Marktzugang und fehlenden Informationen über die Märkte betroffen. Durch zunehmende Ungleichbehandlung bei den Behörden sind die FarmarbeiterInnen in Simbabwe immer noch benachteiligt und profitieren kaum von den wenigen landwirtschaftlichen Ressourcen ihres Landes, da sie einer neuen Agrargesellschaft einverleibt wurden, in der sie einfache FarmarbeiterInnen bleiben.

Fast-Track-Landreform

Die *Fast-Track*-Landreform beinhaltete die Zuteilung der enteigneten Farmen nach zwei Kategorien. So konnten vor allem Landlose und FarmarbeiterInnen im A1-Modell Land für kleinbäuerliche Landwirtschaft erhalten. Die Größe der Parzelle richtete sich nach der Qualität und dem Ertrag des Bodens. Zwanzig Prozent aller Umsiedlungsflächen ist für Kriegsveteranen bestimmt.

Das Modell A2 zielt mehr auf die Umverteilung der großen landwirtschaftlichen Betriebe in schwarze Hände. Das Land wird auf 99 Jahre mit einer Kaufoption verpachtet und die neuen FarmerInnen erhalten Zuschüsse, um die Kluft zwischen weißen und schwarzen kommerziellen Farmer zu schließen. Auch hier sind die Größen abhängig von der Lage und der Bodenbeschaffenheit.

Das koloniale Vermächtnis und wie die FarmarbeiterInnen ihr Land verloren

Südafrikas Diamantenminen haben wahrscheinlich damit angefangen, ihre Arbeiter in *Compounds* anzusiedeln, um sie besser überwachen und Diebstähle verhindern zu können. Die eingezäunten Unterkünfte erinnerten in vielerlei Hinsicht an Gefängnisse, da die Leute einen Ausweis benötigten und durchsucht wurden, bevor sie hinausgehen durften. Die *Compounds* wurden später von den Farmern übernommen, vor allem um eine hohe Fluktuation zu verhindern und sie unter sich zu halten. So gab es getrennte Unterkünfte für ArbeiterInnen mit festen oder und befristeten Arbeitsverträgen, um Aufruhr und ideologische Beeinflussung, die zur Arbeitsverweigerung führen könnte, zu vermeiden.

Tatsächlich herrschte in den Anfängen der Kolonialisierung eine hohe Arbeitskräftefluktuation, was die weißen Farmer dazu brachte, die schwarzen ArbeiterInnen mittels Druck und hoher Steuern in kommunalen Gebieten dazu zwang, auf Farmen zu arbeiten. Die *Compounds* auf Farmen waren integraler Bestandteil dieser Überwachungspolitik. Einige weiße Farmer sorgten gezielt dafür, dass ihre Arbeitskräfte vernünftig untergebracht waren, aber die meisten FarmarbeiterInnen mussten mit erbärmlichen Behausungen vorlieb nehmen.

Die FarmarbeiterInnen sind die Verlierer der kolonialen massiven Landenteignung, denn die früheren, hauptsächlich weißen Großgrundbesitzer hatten sie als billige Arbeitskräfte ausgenutzt. Nach der Unabhängigkeit hatte die Regierung nur geringfügig versucht, die ausbeuterischen Verhältnisse im Agrarsektor zu verändern, und die großen Farmer fanden eine

solche Lücke in der Umsetzung einer gerechteren Politik attraktiv für ihr Wirtschaften.

Identität, Nationalität und gesellschaftliche Stellung

Die FarmarbeiterInnen standen bis zu den großflächigen Farmbesetzungen kaum im Fokus öffentlichen Lebens in Simbabwe. Erst mit der legalisierten Umverteilung der Mehrzahl der von Weißen betriebenen Farmen geriet das Schicksal der FarmarbeiterInnen in den Blick. Durch diese dramatischen Veränderungen im Agrarsektor verloren die FarmarbeiterInnen durch die Enteignungen ihrer bisherigen Arbeitgeber nicht nur ihre Jobs, sie wurden auch beim Zugang zum neu zu verteilenden Land diskriminiert und ihre wirtschaftliche Situation wurde noch prekäre. Dazu kam, dass immer wieder ihre Staatszugehörigkeit in Frage gestellt wurde.[7]

Die Regierung erkannte die Schwierigkeiten, denen sich die FarmarbeiterInnen gegenüber sahen, allmählich an, weil man begriffen hatte, dass die FarmarbeiterInnen von den früheren Landbesitzern zur Anpassung gezwungen und „domestiziert" wurden. Im Jahr 2002 verabschiedete die Regierung dann ein Gesetz zur Einrichtung eines Komitees zur Entschädigung der in der Landwirtschaft Beschäftigten, das beschließen sollte, welche Versorgungsansprüche den FarmarbeiterInnen, deren Arbeitgeber von der Umverteilung ihrer Ländereien betroffen waren, zustehen. Immerhin sind die FarmarbeiterInnen in aller Munde, angesichts der bedeutenden Rolle, die ihnen in der Landwirtschaft Simbabwes zukommt.

Vor 2000 war der Agrarsektor mit seinen Großbetrieben bekannt für seine große Nachfrage nach Arbeitskräften und für sein umfangreiches Management. Ungeachtet der Arbeitsbedingungen verfügten die großen Farmen über ein effektives und effizientes Arbeitskräftebeschaffungssystem, und es gelang ihnen, die ArbeiterInnen lange an sich zu binden. Das System gründete auf Arbeitsplatzsicherung, Mobilisierung von Arbeitskräften sowie auf nachhaltigen Lohnverhandlungen.

Im Grunde überließ die Regierung die Entwicklung der Farmen den weißen kommerziellen Betreibern. In der Kolonialzeit unterlagen die FarmarbeiterInnen offiziell der Administration europäischen Landwirtschaftsbehörden.

Es gab keine Verwaltungsbehörde, die für Arbeitsplatzsicherung, Wohnverhältnisse, Löhne, Verpflegung und Arbeitsbeziehungen zuständig gewesen wäre. Die FarmarbeiterInnen waren in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Ausbildung, soziale Leistungen vollständig abhängig vom Wohlwollen der weißen Farmer ab. Den offiziellen Vertretern der FarmarbeiterInnen oblag es nur, sicherzustellen, dass die Farmer gute „Master", nicht aber gute Arbeitgeber waren.

Obwohl die Gesetzgebung bereits in starkem Umfang europäische Siedler begünstigte, waren die Beamten zudem noch geneigt, ein Auge zuzudrücken, wenn die Farmer ihre ArbeiterInnen schwer misshandelten. Diese Art paternalistischer Verwaltung, die dem europäischen Farmer nahezu grenzenlose Macht gewährte, wurde *domestic government* genannt. *Domestic* insofern, als dem Privaten im Gegensatz zum Öffentlichen einerseits Vorzug eingeräumt wurde und andererseits das paternalistisch-familiäre Verhältnis der ArbeiterInnen untereinander sowie und zwischen ArbeiterInnen und Farmern hochgehalten wurde.[8] Weiße Großgrundbesitzer übten mit dieser Art der indirekten Herrschaft[9] Macht aus und ihre Einflussgebiete waren nicht in einen transkulturellen, politisch-sozialen Rahmen eingebettet[10]. Nach der Unabhängigkeit im Jahr 1980 gab es kaum Reformen, die die Beziehungen zwischen FarmarbeiterInnen und den weißen kommerziellen Farmern staatlich regulierten, so dass der Prozess der Ausgrenzung als Erbe der Kolonialzeit nicht gestoppt wurde.

FarmarbeiterInnen-Streiks und die politischen Veränderungen auf den Farmen

Ende der 1990er Jahre gab es eine bessere Interessenvertretung der FarmarbeiterInnen hinsichtlich ihrer Rechte und ihrer Arbeitsbedingungen, was für einige zu verbesserten Lebensbedingungen führte.

Die Beschäftigungssituation ehemaliger FarmarbeiterInnen erhält eine Schlüsselrolle, weil sie zu den für Armut anfälligsten Bevölkerungsgruppe zählen, deren Existenzgrundlage eng mit den früheren großen Farmen verbunden ist. Der Streik der FarmarbeiterInnen von 1999 in Harare zeigte, dass die FarmarbeiterInnen politisch erwachsen wurden oder einfach frustriert über die bestehenden Arbeitsverhältnisse auf Farmen waren. Dabei waren die unterschiedlichen Versuche, die FarmarbeiterInnen, die dem Arbeitskampf beitraten, zu vertreten, sowie die Tatsache, dass sich die FarmarbeiterInnen der ZANU-PF, der *Internationalen Sozialistischen Organisation*

Den Schwierigkeiten die Stirn bieten

N. Kaseke

Ich bin 1973 in Malawi geboren und dort aufgewachsen. 1981 sind meine Eltern als Farmarbeiter auf eine Farm in Shamva in Simbabwe gezogen. Sie haben von der Landreform jetzt profitiert und besitzen jetzt ein sechs Hektar großes Stück Land auf der Farm, auf der sie früher arbeiteten. Meine Eltern brachten mir bei, hart zu arbeiten, um etwas im Leben zu erreichen. Sie schufteten jahrelang für die Weißen und hatten nichts davon. Das motivierte mich, eigenes Land zu besitzen. 1993 heiratete ich Pius Kaseke aus Chigwida, Chiweshe und wir haben vier Kinder (zwei Mädchen und zwei Jungen). Zurzeit kümmere ich mich um meine Familie, meine Schwiegermutter und eine Tante. Sie helfen mir in der Landwirtschaft als zusätzliche Arbeitskräfte, wodurch wir einen höheren Ertrag erzielen. Ich besuchte die Grundschule in Kaziro, dann die weiterführende Schule in Mutumbu, die ich ohne Abschluss verließ. Die Ausbildung zur Schneiderin konnte ich auch nicht beendet, da ich schwanger wurde. Ich kann lesen und schreiben und kann ein bisschen nähen, und manchmal nähe ich etwas zum Anziehen für meine Kinder.

Wo ich vorher lebte, war alles ziemlich schwierig, weil wir kein Land hatten, um etwas darauf anzubauen. Nach dem Tod meines Schwiegervaters im Dezember 1999 nahmen die Brüder meines Mannes alles Land weg und waren zwei Jahre lang nicht fest angestellt, bis wir 2002 eigenes Land bekamen. Das Leben nach der Umsiedlung ist besser, weil wir jetzt genügend Getreide anbauen können, um die Familie zu ernähren und manchmal noch etwas verkaufen können. Wir können es uns jetzt leisten, dass unsere Kinder zur Schule gehen.

Als wir auf die Donje-Form zogen, hatten wir zunächst ein Problem. Offenbar war unser Grundstück zunächst einem Polizisten, zugeteilt worden, der noch ein anderes Grundstück im Distrikt Bindura besaß. Er hatte die Parzelle vernachlässigt und nichts weiterentwickelt, deshalb übergab der Distriktverwalter das Land dann an uns. Als wir angefangen hatten, unser Haus darauf zu bauen, kam der Polizist und begann ebenfalls mit dem Bau von Unterkünften. Von da an gab es ziemlich viel Stress mit ihm, bis der Distriktverwalter und *Agritex*-Beamte (eine nachgeordnete Regierungsbehörde) den Konflikt lösten indem sie den Polizisten aufforderten, das Grundstück zu verlassen.

Bevor wir hier angesiedelt wurden, hatten wir bereits fünf Ziegen, zwei Ochsenkarren, eine Egge, eine Ackerfräse und neun Rinder. Für unsere neue Parzelle haben wir dann noch zwei Ochsenkarren und einen Pflug angeschafft und den Viehbestand auf 30 erhöht. Wir wohnen jetzt in Häusern aus Holzplanken und Lehm mit Grasdächern. Wir haben Ziegelsteine gebrannt und werden bald damit bauen.

In Chiweshe pflanzten wir Tabak und Baumwolle an, mussten aber damit aufhören, als die Brüder meines Mannes uns von dem Land vertrieben. Wir nutzten die Möglichkeiten im Rahmen des Landreformprogramms uns um Land zu bewerben und hofften, damit unseren Lebensstandard zu erhöhen. Ich bewarb mich beim Distriktverwalter um Land, und dann standen unsere Namen in der Zeitung, weil wir ausgewählt worden waren. Ich ging dann zum Verwaltungsbüro und erhielt den Namen der Farm sowie die Nummer der Parzelle. Das Leben auf unserem neuen Stück Land ist bequem und es gibt genug Platz zur Weiterentwicklung. Es gibt viele Möglichkeiten zum selbstständigen Arbeiten, billige Lebensmittel und Unterstützung in landwirtschaftlichen Fragen durch verschiedene Organisationen. 2006 bekamen alle weiblichen Parzellenbesitzer sechs Tüten Ammoniumnitrat von einer Nichtregierungsorganisation.

Ich habe vor, 2008, nach dem Verkauf meiner Tabakernte, einen Traktor zu kaufen, weil ich auf meinen gesamten fünf Hektar Land Tabak anbauen und später dann noch zwei Hektar für den Maisanbau pachten möchte. Ich möchte auch gern ein Haus aus Ziegeln bauen und mit einem Erdnussbutterprojekt in einer Kooperative mit anderen Farmerinnen etwas dazuverdienen. Ich komme voran – *ndiyo women empowerment, tinofanira kurima* (so nennen wir die verbesserte Stellung der Frau durch Landwirtschaft). Etwas Sorge bereitet mir allerdings die Eigentumsfrage, denn die Besitzrechte sind noch nicht geklärt. Ich habe gehört, wir könnten vertrieben werden, wie es bereits in den kommunalen Gebieten passiert ist. Es muss eine Absicherung geben, dass Land nicht einfach so wieder weggenommen werden kann.

Quelle: *Ruzivo Survey Data (2007)*

Haus und Hof eines Farmarbeiters

Die ganze Familie muss anpacken: Ziegelherstellung als Alternative zur Farmarbeit

(ISO) und den Streiks der GAWPUZ anschlossen, etwas Neues:[11] „Das städtische Umfeld war nicht nur integraler Bestandteil ihres Arbeitskampfes, er trug auch zu einem, wie man sagen könnte, besonderen Politikstil bei, der das nationale betont und gleichzeitig zahlreiche Verbindungen zu städtischen Institutionen pflegte, was den außergewöhnlich langen Streik am Leben erhielt."[12] Streiks unter FarmarbeiterInnen waren seit jeher selten in Simbabwe und beschränkten sich auf die Farmen selbst. So gesehen arbeiteten die weißen Farmer, denen zu jener Zeit die meisten kommerziell bewirtschafteten simbabwischen Farmen gehörten, erfolgreich mit der Regierung zusammen, um den Kampf zur Durchsetzung der politischen Interessen der FarmarbeiterInnen innerhalb der Grenzen der Farmen zu halten. Dies bewirkte, dass die weißen Farmer diejenigen waren, die die Interessen der FarmarbeiterInnen definierten und auf allen politischen Ebenen vertraten.

Trotz der Tatsache, dass die meisten FarmarbeiterInnen ursprünglich aus Malawi, Sambia oder Mosambik stammen, sind sie per definitionem SimbabwerInnen. Allerdings bleibt die Frage der Identität und der Staatsangehörigkeit ein zentrales Problem für Simbabwe[13]. Nach wie vor werden sie jedoch häufig als AusländerInnen wahrgenommen und in der Gesellschaft vorherrschende Klischees schürten die Fremdenfeindlichkeit ihnen gegenüber. Solche Auffassungen wurden noch dadurch befeuert, dass tatsächlich einige FarmarbeiterInnen wie auch einige frühere Landbesitzer es versäumten, sich nach der Unabhängigkeit ins soziale Leben und das Gemeinwesen einzubringen.

Die Klischees gegenüber FarmarbeiterInnen, die sozusagen Tradition in Simbabwe haben, wirken sich auf die Ausgestaltung der sozialen Rechte und der Landrechte und auf das Verhalten anderen gegenüber aus. Den meisten fehlt eine eigene Identität, und dies hat sich durch die politische Rhetorik auf nationaler Ebene in der Anfangsphase des Landreformprogramms im Jahr 2000 noch verschlimmert. Sie wurden pauschal bezichtigt, die Opposition zu unterstützen und wurden als „Verräter der noch nicht beendeten Revolution" verunglimpft. Systematisch wurde mit Gewalt und manchmal unorthodoxen Mitteln versucht, sie für die Regierungspartei zurückzugewinnen.

Seit jeher wurden die FarmarbeiterInnen als rückständig angesehen, da es ihnen an Bildung mangele und sie keinen Anschluss an die Moderne gefunden hätten.[14] Das Vorurteil gründet auf ihrem sozioökonomischen Status als Arbeiter, die

auf großen, kommerziell betriebenen Farmen lebten und von den Farmbesitzern abhängig waren, vielleicht sogar staatenlose MigrantInnen oder BürgerInnen ohne anerkannte Staatsbürgerschaft gewesen sein könnten.[15]

Zwischen 2000 bis 2002, als die FarmarbeiterInnen kaum für ihre Rechte kämpften, galten sie als wehrlose Opfer. Damals war die Situation auf den Farmen sehr unterschiedlich: Manche Farmer zerstörten die *Compounds* und oft wurden FarmarbeiterInnen Opfer von Gewalt. Taten sie sich jedoch mit den Farmern zusammen und vertrieben die Landbesetzer, gingen sie als Sieger hervor.[16] Die Gewalt gegenüber den FarmarbeiterInnen und den neuen Landbesitzern führte angesichts der heiß umkämpften Landnahme ins Chaos, wobei nur generell festgestellt werden kann, dass zu jener Zeit die einen davon stärker betroffen waren als die anderen. 15 Jahre nach der Landreform fühlen sich die meisten FarmarbeiterInnen schutzlos und vom Staat vernachlässigt, was sie traumatisiert. Sie müssen Heilung erfahren und dürfen nicht vergessen werden.

Schaut man sich die Geschlechterbeziehung auf den umverteilten Farmen genauer an, wird die prekäre Lage von Frauen deutlich. Frauen verlieren dabei eher ihren Job und sind aufgrund ihres mangelnden Wissens und ihrer mangelnden Integration in die zahlenmäßig größere Männergesellschaft ängstlicher und unsicherer. Am schlechtesten gestellt sind alleinstehende Frauen, die in den *Compounds* häufig ausgegrenzt und oft als Huren bezeichnet werden und manchmal sogar separat wohnen.[17]

Die neu angesiedelten Farmer besetzten Land unter stillschweigender Zustimmung des Staates und teilten die Auffassung, FarmarbeiterInnen wären Fremde, um sie unterdrücken und ihnen mit Vorurteilen begegnen zu können. Doch auch FarmarbeiterInnen verdienen die Chance, als SimbabwerInnen an der sozioökonomischen Entwicklung des Landes teilzuhaben. Sie haben ebenfalls das Recht auf Zuteilung von Land, um sich damit eine sichere Existenz aufbauen zu können.

Die FarmarbeiterInnenbewegung und die Rolle der staatlichen Behörden

Die Zusammensetzung der Erwerbstätigen hat sich seit der Unabhängigkeit beträchtlich verändert. Die Zahl der Beschäftigten sank zwischen 1980 und 1983 um 20 Prozent von über 325.000 auf unter 265.000. Ab den späten 1980ern stieg die Beschäftigung – da heißluftgetrockneter Tabak wieder Gewinne einbrachte – bis 1999 auf 322.000 FarmarbeiterInnen.[18] Allerdings wurden immer mehr feste Beschäftigungsverhältnisse in Saison- und Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt. Die neuen Arbeitsgesetze, die veränderte Zusammensetzung des Anbaus auf den kommerziellen Farmen (Anstieg des Gartenbaus auf Kosten des Getreideanbau) und eine immer kämpferischer auftretende Arbeiterschaft, vor allem in den frühen 1980ern, als Parteikader aktiv waren, führten zur Prekarisierung von Arbeit. Waren 1980 noch 73 Prozent der ArbeiterInnen fest und in Vollzeit angestellt, so waren es 1997 nur noch 49 Prozent (davon nur 8% Frauen). Der Anteil der Frauen insgesamt stieg von 26 Prozent auf 31 Prozent.[19]

Vor der massiven Umverteilung von Land lebten schätzungsweise 2 Millionen Menschen auf kommerziellen Farmen, was ungefähr 16 Prozent der Gesamtbevölkerung Simbabwes entspricht.[20] Nach wie vor gibt es große Farmkomplexe und daher auch weiterhin schätzungsweise 100.000 FarmarbeiterInnen in Voll- und Teilzeit.[21] Auf nachgelagerten Betrieben wie holzverarbeitende Unternehmen oder Kaffeeplantagen gingen jedoch bis 2013 nahezu 30.000 Arbeitsplätze verloren. Tatsächlich gingen landesweit insgesamt rund 200.000 formale Arbeitsplätze auf Farmen verloren, die Hälfte davon Teilzeitjobs. Es kann davon ausgegangen werden, dass zwischen 30.000 und 45.000 FarmarbeiterInnen von ehemaligen Großfarmen in kommunale Gebiete, Städte, informelle Siedlungen und Nachbarländer vertrieben worden sind.[22] Schätzungen zufolge blieben landesweit mehr als zwei Drittel der früheren FarmarbeiterInnen auf ihrem ehemaligen Farmland. Nahezu 69 Prozent der früheren FarmarbeiterInnen gaben an, dass die Mehrzahl ihrer KollegInnen noch immer in den *Compounds* wohnen würde.

Die FarmarbeiterInnen wurden während der gesamten Landreform weitestgehend ignoriert. Heute arbeiten sie nicht mehr in der Landwirtschaft und versuchen sich mit Prostitution, Diebstahl, Goldwäsche oder anderen und Gelegenheitsjobs über Wasser zu halten. Um sicherzustellen, dass die Landreform langfristig greift, bedarf es neuer Formen und alternativer Strategien zur Existenzsicherung für die ehemaligen FarmarbeiterInnen.

Die Agrarpolitik und ihre Auswirkungen

Das Problem der Identität und der Staatsangehörigkeit ist nach wie vor von zentraler politischer Bedeutung in Simbabwe. Die meisten SimbabwerInnen sind nach wie vor der Auffassung, dass die FarmarbeiterInnen AusländerInnen seien. Diese feindliche Haltung ihnen gegenüber wird noch verstärkt durch die Tatsache, dass sie in kommunalen Gebieten Land oft weit entfernt von Einheimischen zugewiesen bekommen.[23] Wann immer FarmarbeiterInnen Land zugewiesen wurde, zeigten sie ein hohes Maß an Patriotismus. Dies gilt vor allem für die fünfte Generation, die aufgrund von Mischehen Teil der Gesellschaft Simbabwes geworden sind.

Die FarmarbeiterInnen und die neuen Landbesitzer waren, geprägt durch die Geschichte der Landreform seit 2000, auf verschiedene Art und Weise miteinander verbunden. Die neuen Besitzer stellen frühere FarmarbeiterInnen in ihren Betrieben ein, andere wiederum tun genau dies aus einer Vielzahl von Gründen nicht. Die meisten der früheren FarmarbeiterInnen sind auf kleinen und mittleren Farmen fest angestellt. Die großen landwirtschaftlichen Betriebe beschäftigen eine größere Anzahl fest angestellter früherer FarmarbeiterInnen.

Erfahrungen nach der Umverteilung

Die neuen Farmer im Distrikt Mazowe sehen sich zahlreichen Herausforderungen gegenüber; unter anderem können sie nicht genügend Arbeitskräfte finden. Im Gegensatz zu den ehemaligen weiten Farmer haben sie keinen Interessenverband in dem sie sich organisieren, um gemeinsam Arbeitskräfte zu finden. Das Hauptproblem scheint auch darin zu liegen, dass in Mazowe viele der neuen Farmer ihre eigenen Arbeitskräfte mitbrachten, die sich aber hauptsächlich in kleinbäuerlicher Landwirtschaft auskannten. In der kommerziellen Landwirtschaft benötigt man, um erfolgreich wirtschaften zu können, allerdings ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen gelernten und ungelernten Arbeitskräften. Die fehlende Ausbildung und mangelnde Fachkenntnisse in Bezug zur kommerziellen Landwirtschaft führten dazu, dass einige der neuen Farmer falsche Entscheidungen trafen.

Die Beziehungen zwischen den Landbesitzern, den FarmarbeiterInnen und den neuen Siedlern war nach der Umverteilung nicht immer harmonisch. In einigen Gegenden herrschte friedliche Koexistenz, in anderen dagegen gab es ernsthafte Spannungen. Einzelnen Berichten zufolge gab es beispiels-weise in der Provinz Midlands weniger Gewalt, weil dort die Übertragung von Grund und Boden auf der Basis von Verhandlungen durchgeführt wurde. Oft gab es Unsicherheiten in ihren Beziehungen untereinander, weil die FarmarbeiterInnen gewissermaßen als Puffer zwischen dem Farmer und den Siedlern dienten.[24] Gleichzeitig waren die ArbeiterInnen auch Gefangene ihrer eigenen Lage: vielleicht hätten sie ebenfalls eigenes Land, aber sie konnten sich nicht offen darum bemühen und auf die Seite der Siedler wechseln. Einige der FarmarbeiterInnen schlossen sich dennoch den Siedlern an, allerdings nicht an ihrer eigenen Arbeitsstelle, sondern auf Nachbarfarmen. Zum Teil herrscht auch Misstrauen zwischen den Siedlern und den ehemaligen FarmarbeiterInnen, weil letztere als Landreformgegner angesehen werden. Diejenigen, die Land zugeteilt bekamen, werfen den früheren FarmarbeiterInnen vor, dass sie sich weigern würden, für die neuen Farmer zu arbeiten und also gegen die Landreform seien. Andererseits wiederum behaupten die ehemaligen FarmarbeiterInnen, dass die Nutznießer der Bodenreform schlechte Arbeitgeber seien, weil sie unterdurchschnittliche Löhne zahlen würden.

Die Beziehungen zwischen ehemaligen FarmarbeiterInnen und neu angesiedelten FarmerInnen unterscheiden sich von Ansiedelung zu Ansiedlung. Im Allgemeinen sind sie aber über alle Siedlungstypen hinweg belastet. 54 Prozent der A2-FarmerInnen in Mazowe bezeichnen die Beziehung zu den ehemaligen FarmarbeiterInnen als schlecht. Es herrscht nur wenig Vertrauen in den Siedlungsgemeinschaften, denn die neuen FarmerInnen werfen den Arbeitenden Faulheit, Unehrlichkeit und Diebstahl vor. Sie beschweren sich häufig darüber, dass die FarmarbeiterInnen sich weigerten, für sie zu arbeiten, selbst dann, wenn sie ihnen die gleichen Arbeitsbedingungen wie die früheren weißen Farmer bieten würden. Die FarmarbeiterInnen wiederum beklagten sich über Ausbeutung, Unterbezahlung und Mangel an Respekt von Seiten der neuen FarmerInnen.[25]

Ehemalige FarmarbeiterInnen sind durchaus in neuen sozialen und produktiven Beziehungen in der Gesellschaft integrieren. Manche haben durch die Landreform einen Job als Farm-Manager auf A2-Farmen oder eine besser bezahlte Tätigkeit von neuen A1-Landbesitzern angeboten bekommen. Im Mazowe-Distrikt erhielten sogar einige eigenes Land. Darüber hinaus berichten sie, dass sie mehr Rechte und Verhandlungsmacht besäßen als zuvor unter den weißen Farmern, da

das System demokratischer sei: Sie können jetzt Löhne verhandeln und die Arbeit verweigern, wenn die Löhne zu niedrig sind.

Die Bedeutung des „Fast-Track"-Landreformprogramms für FarmarbeiterInnen

Das FTLRP stärkte die Verhandlungsmacht der FarmarbeiterInnen, denn als ihre ehemaligen „Arbeitgeber" wegen der Umverteilung der Farmen und der offiziellen Bekanntgabe des Programms aufhörten, hatten sie nur eingeschränkte Möglichkeiten. In den Bezirken Mazowe und Goromonzi profitierten die FarmarbeiterInnen zwar von der Reform, ihnen wurde aber meist weniger als die durchschnittlich 6 Hektar Ackerland zugeteilt.[26] Sie versuchten sich daher mit anderen Strategien wie mit Akkordarbeit, informellem Handel, Goldwaschen, Fischen und Jagen über Wasser zu halten.[27] Schlimmer noch war die Unsicherheit bezüglich ihrer Wohnsituation, denn immer wieder wurden die ehemaligen FarmarbeiterInnen aus ihren Häusern auf den Farmen von den neuen Besitzern vertrieben. Sie zogen notgedrungen in informelle Lager und Siedlungen, die um die Farmen herum wie Pilze aus dem Boden schossen.

In 2004 und 2007 entdeckte das Team des *Ruzivo Trust* informelle Siedlungen in Concession in Mazowe. Ihre prekäre Situation, die durch den Verlust ihres Jobs entstanden war, machte sich am dramatischsten in der Nahrungsmittelknappheit bemerkbar. Die Landreform war einer von mehreren Faktoren, die für ihren Abstieg in chronische Armut verantwortlich ist. Sie wurden zu einer umherziehenden mittellosen und instabilen Klasse.

Zum Teil wurden ganze Farmen ehemaligen FarmarbeiterInnen zugeteilt. Nutznießer des Landreformprogramms wurden nun aber auch dazu angehalten, Land für die FarmarbeiterInnen zu reservieren, so wie es die früheren Besitzer machten. Allerdings variierte dies von Saison zu Saison und hing vom Gutdünken des neuen Besitzers ab. Es gibt aber auch andere Beispiele, wie die 888,21 Hektar große Blighly-Farm in Ward 27 zeigt: Die Farm wurde in 42 Parzellen für A1 Farmer aufgeteilt, von denen 34 an Männer und 8 Parzellen an Frauen gingen. Das restliche Land wurde in kleine Streifen aufgeteilt und an 26 FarmarbeiterInnen gegeben, ohne dies jedoch zu formalisieren.

...ärmliche Verhältnisse

Schulgebäude auf einer Farm

Erfolgreiche Kleinbäuerin

Gehöft in Marange

Die FarmarbeiterInnen auf der Usk-Farm in Mazowe hatten weniger Glück. Obwohl sie Parzellen zu je ein bis drei Morgen Land bewirtschafteten, wurden sie bei der Umverteilung der Grundstücke übergangen. Ihre Parzellen wurden vom *sabhuku*, dem selbsternannten Dorfvorsteher an vier Arbeiter, die bereits bei den weißen Farmern leitende Positionen innehatten, zur Bewirtschaftung vergeben. Die neuen A1-Farmer hielten es für sinnvoll, diese Arbeiter zu behalten, damit sie deren Kompetenz zum Beispiel in Bezug auf Bewässerungssysteme oder mit Maschinen nutzen konnten. So wurden FarmarbeiterInnen in das neue soziale Netzwerk, das auf den umverteilten Farmen entstand, integriert. Allerdings gibt es neue Schwierigkeiten, wie in einer Diskussionsrunde deutlich wurde. Dort beklagten sich die FarmarbeiterInnen darüber, dass sie dem *sabhuku* ihre Arbeitskraft auf dem Gemeinschaftsfeld kostenlos zur Verfügung stellen würden, wie sie als A1-Farmer verpflichtet wären. Der Ertrag solcher Felder ist für die Versorgung von alten Menschen und Waisen in den kommunalen Gebieten bestimmt. Sie behaupteten allerdings, dass der Dorfvorsteher den Ertrag zu seinen eigenen Gunsten verkauft habe. Ihn darauf anzusprechen trauten sie sich nicht weil sie befürchteten, ihre Landrechte könnten ihnen entzogen werden. Auf diesen umverteilten Farmen wird hauptsächlich Mais, Sojabohnen und Tabak und im Winter zum Teil Weizen angepflanzt. Die neuen Farmer und FarmarbeiterInnen teilten sich einvernehmlich die Ausrüstung auf der Farm, wie Stromtransformatoren zur Bewässerung, Wasserspeicher, Pflanzmaschinen, Traktor, Streugeräte für Dünge- und Pflanzenschutzmittel, Ställe, Generatoren, Geräteschuppen, Getreidemahlanlagen und ein Farmhaus.

Existenzgrundlage der FarmarbeiterInnen auf den Farmen

Für die FarmarbeiterInnen wirken sich die Instabilität und ein sich schnell änderndes Arbeitsumfeld auf den kommerziellen Farmen negativ auf ihre Lebensgrundlage aus. Unbeständige und ungesicherte Arbeitsbedingungen, niedrige Löhnen, ungeklärte Wohn- und Besitzverhältnisse bedrohen ihre Existenz. Dabei haben die FarmarbeiterInnen nur eingeschränkte alternative Möglichkeiten, ihren Lebensunterhalt zu verdienen.[28] Die Existenzgrundlage der FarmarbeiterInnen hängt in allzu hohem Maß davon ab, ob sie Arbeit auf einer Farm finden. Verlieren sie diese, befinden sie sich in einer akuten

Notsituation, in der sie völlig andere Wege gehen müssen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern.[29] Sie versuchen ihr Einkommen mit Bierbrauen, Tischler- oder Metallarbeiten aufzubessern, aber im Grunde fehlen geeignete Alternativen zur Sicherung des Lebensunterhalts.

Die Ernährungssicherheit war bereits vor der Unabhängigkeit Simbabwes im Jahr 1980 und in der Zeit bis zum Jahr 2000 ein gravierendes Problem. In vielen Fällen waren die FarmarbeiterInnen abhängig von Lebensmitteleinkäufen in Läden, die dem Farmbesitzer gehörten, wo sie auch auf Kredit einkaufen konnten. Mit dem Wegzug der ehemaligen Farmer wurden auch die Läden verlegt; zum Teil wurden die verbleibenden heruntergewirtschaftet. Beides führte zu einem großen Vakuum für die Zurückgebliebenen. Im Jahr 2000 erhielten FarmarbeiterInnen Lebensmittelspenden von Organisationen wie dem *Farm Community Trust of Zimbabwe* (FCTZ), der Waisenhilfe *Orphan Support Trust* (FOST) und von neuen Farmern, die einen Überschuss erwirtschaften konnten. FarmarbeiterInnen müssen nach wie vor einen Großteil der benötigten Lebensmittel kaufen, ihr Einkommen ist aber zu niedrig, um die Familie zu ernähren. Eigener Anbau von Nahrungsmitteln hat noch nie eine zentrale Rolle in der Sicherung des Lebensmittelbedarfs der FarmarbeiterInnen gespielt.

Die FarmarbeiterInnen hatten zwar Zugang zu eigenem Land, doch besteht Unklarheit darüber, welche praktischen Schwierigkeiten sich ergeben, wenn man gleichzeitig FarmarbeiterIn und FarmbesitzerIn ist.

Früher wurden kleine Grundstücke zur Bewirtschaftung an Familienangehörige der FarmarbeiterInnen vergeben. Denn die ArbeiterInnen selbst hatten nicht genügend Zeit, sich um ihre Parzellen zu kümmern, da die Pflanzzeit mit der Hochsaison, in der es auf der Farm am meisten zu tun gab, zusammenfiel. Außerdem hatten sie grundsätzlich Schwierigkeiten Saatgut oder Düngemittel zu beschaffen. Meistens erhielten sie nur Randparzellen ohne zusätzliche Wasserversorgung, so dass die Erträge eher gering waren.

Diese Situation hat sich unter dem Landreformprogramm allerdings grundsätzlich verändert. In den meisten Fällen wurden die kleinen Parzellen, die die FarmarbeiterInnen besaßen, konfisziert und im Rahmen des A1-Models privatisiert. In einigen Fällen wird den ehemaligen FarmarbeiterInnen der Zugang zu Material, das sie für die Reparatur und den Neubau von Unterkünften brauchen, verwehrt, weil sie die Weideflächen damit zerstörten würden. In einem Extremfall verwehrte der neue Farmbesitzer den FarmarbeiterInnen den Zugang zum Friedhof mit der Begründung, dass dieser sich auf seinem Grundstück befinde und es bald keinen Platz mehr gäbe, wenn jeder X-Beliebige ihn nutzen dürfe.[30] In den meisten Farmdörfern entbrannte ein erbitterter Streit darüber, wem das früher gemeinsam genutzte Land, dem man Feuerholz und Baumaterialien entnahm, nun gehört.

Manche Siedler teilen ehemalige FarmarbeiterInnen ungenutztes Land zur Bewirtschaftung zu. Diese inoffizielle und informelle Vereinbarung hängt allerdings ausschließlich von der Beziehung zwischen den ehemaligen FarmarbeiterInnen und den neuen Siedlern auf der jeweiligen Farm ab.

Wohn- und Beschäftigungsverhältnisse

Man findet auf den Farmen die *Compounds*, in denen hauptsächlich die FarmarbeiterInnen untergebracht sind, außerdem gibt es Farmhäuser und die Häuser der Siedler, die nach der Besetzung errichtet wurden. Die FarmarbeiterInnen haben keinen Rechtsanspruch auf diese Wohnhäuser und sind daher ständig von Zwangsräumungen bedroht. Es besteht jedoch eine bestimmte historisch tradierte Vorgehensweise, wie mit der Wohnungssituation auf den ehemaligen kommerziellen Farmen verfahren wurde.

Vor der Unabhängigkeit Simbabwes richteten sich die Wohnverhältnisse auf der Farm, wie in allen anderen Bereichen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens, nach rassischen Gesichtspunkten. Während die weißen Farmer in vornehmen, allgemein als Farmhäuser bezeichneten Herrenhäusern wohnten, lebten die schwarzen FarmarbeiterInnen oft in überfüllten *Compounds*. Die weißen Farmer kümmerten sich selbst um den Bau ihrer Wohnhäuser und finanzierten diese mit den Erträgen ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit, Darlehen der Regierung oder über private Banken. Die Häuser waren oft riesig und hatten zwei Stockwerke, denn die Farmer versuchten die Häuser im Stil ihre Heimat zu bauen. An der Art der errichteten Häuser erkennt man den Einfluss der jeweiligen Kultur und Geschichte.

Gleichzeitig gestalteten sie die *Compounds* auf der rassistischen Grundlage der Überlegenheit der Weißen gegenüber den Schwarzen. Da die Shona es ablehnten, in diesen Unterkünften zu wohnen, kamen Menschen aus dem Norden des Landes sowie Einwanderer aus Malawi und Sambia dort unter und arbeiten auf den Farmen. Letzteren machte es nichts

aus, denn die Unterkünfte sollen, so hieß es, sogar besser sein als in ihren Heimatländern. Die kommerziellen Farmer nutzten diese angebliche Ignoranz aus und bauten Häuser noch unter dem in Simbabwe üblichen Standard.

Nach der Landreform durften die FarmarbeiterInnen in einigen Fällen in diesen Unterkünften bleiben, allerdings hatten sie weder Zugang zu eigenem Land, um etwas anzupflanzen noch zu den natürlichen Ressourcen auf den Farmen. Dadurch waren sie gezwungen, Arbeit zu suchen, um für sich und ihre Familien sorgen zu können oder mietkostenfrei in den Unterkünften wohnen zu dürfen. Konflikte wurden dadurch noch verschärft, weil einige ArbeiterInnen sie für andere arbeiteten und dem Farmbesitzer lieber Miete zahlten. Weigerten sich die ehemalige FarmarbeiterInnen für die neu angesiedelten BesitzerInnen zu arbeiten, wurden sie nicht selten aus ihren Unterkünften vertrieben. Die Siedler behaupten, sie bräuchten die Unterkünfte für diejenigen, die bereit seien, für sie zu arbeiten. Die FarmarbeiterInnen ihrerseits beschweren sich, dass sie von den neuen Siedlern zu wenig Lohn bekämen und sich daher anderweitig nach Arbeit umsehen müssten. [31]

Anwaltschaft für die Rechte der FarmarbeiterInnen

Die FarmarbeiterInnen wurden in den aktuellen Diskussionen über Landbesitz und Landwirtschaft nicht berücksichtigt. Auch wenn der Fokus auf der Förderung landwirtschaftlicher Produktion liegt darf dabei nicht vergessen werden, dass gerade die FarmarbeiterInnen ein integraler Bestandteil der landwirtschaftlichen Entwicklung nach der Landreform sind.

In den 1990ern gab es eine starke Interessenvertretung der FarmarbeiterInnen, die sich für Landrechte und Existenzsicherung einsetzte. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen wurden von einer starken Gewerkschaft (*General Agricultural Plantation Workers Union of Zimbabwe* GAPWUZ) und den Medien unterstützt. Dem *Panos Institute Southern Africa* gelang es, die Probleme der FarmarbeiterInnen mit deren fehlender Staatsbürgerschaft in Zusammenhang zu bringen, denn die meisten hatten weder Pässe noch Geburtsurkunde, wodurch ihnen der Zugang zu staatlichen oder privaten finanziellen Ressourcen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts verwehrt blieb. Die prekären Wohnverhältnisse auf den Farmen, schlechte Bildungschancen sowie schlechte medizinische Versorgung auf den von Weißen bewirtschafteten Farmen lieferten umfangreichen Konfliktstoff. Die im Landesvergleich niedrigsten Löhne der FarmarbeiterInnen schürten diesen Konflikt weiter und führten zum ersten Mal in den späten 1990ern zu Streiks auf den Farmen. Die verheerenden Auswirkungen von HIV und AIDS riefen Nichtregierungsorganisationen wie den *Family Orphan Support Trust*, oder den *Farm Community Trust* von Simbabwe auf den Plan, um mit diesen Herausforderungen fertig zu werden. Außerdem entstanden soziale Organisationen auf den Farmen selbst, um der schieren Not Herr zu werden. Mit dem Landreformprogramm verschob sich die Priorität hin zum Thema Landrechte.

Nach der Landreform benötigen Simbabwes Farmen eine bessere Planung und Beratungskonzepte zur Unterbringung der ehemaligen FarmarbeiterInnen und zur Verbesserung der Arbeitsplatzsituation und der Arbeitsbedingungen auch für die neuen FarmarbeiterInnen. Hierzu bedarf es Regularien für den Arbeitsmarktsektor in der Landwirtschaft und für die Bedürfnisse der FarmarbeiterInnen. Ziel einer neuen, auf den Landwirtschaftssektor zugeschnittenen Arbeitsmarktpolitik und -strategie sollte es sein, unterstützende Rahmenbedingungen für die FarmarbeiterInnen zu schaffen, damit sie ihren Lebensunterhalt verdienen können, und gleichzeitig Spannungen zwischen den Farmerinnen und den ArbeiterInnen auf den Farmen zu verringern, was dem gesamten Landwirtschaftssektor und der Wirtschaft insgesamt zugutekäme.

Die landwirtschaftlichen Nutzflächen Simbabwes haben sich nach der Landreform sowohl flächen- als auch beschäftigungsmäßig weiterentwickelt. Auf den Farmen leben jetzt mehr Menschen als früher, wobei einige Regionen wie etwa Mvurwi und Kadoma zu pulsierenden Wirtschaftszentren durch Beispielweise Tabakanbau oder sich gegenseitig befruchtenden Sektoren wie Bergbau und Landwirtschaft geworden sind. FarmarbeiterInnen, die bereit sind zu arbeiten, brauchen abgesicherte und gleichzeitig einfache Tätigkeit. Viele aus der Mittelschicht, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, kaufen bei den FarmerInnen, die mit Lebensmitteln handeln. Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten wird erhöht, wofür es nachhaltig gute Arbeitskräfte braucht. Die ehemaligen sowie die neuen FarmarbeiterInnen sind daher, marktwirtschaftlich betrachtet, von unschätzbarem Wert für die neue Landwirtschaft. Das derzeitige Planungskonzept wird den FarmarbeiterInnen allerdings nicht gerecht, jedenfalls nicht so wie früher, als sie für die Versorgung ihrer Familie vor allem Mais und Gemüse anbauen konnten. Es bedarf eines

ideologischen Umdenkens auf staatlicher Ebene, das ein inklusives und integriertes landwirtschaftliches Planungskonzept entstehen lässt, in dem FarmarbeiterInnen als legitime und legale Partner in gemischtwirtschaftlichen Betrieben verstanden werden.

Forderungen an die Farmer und den Staat

1. Gleichberechtigung und Gerechtigkeit bei der Landverteilung

Die FarmarbeiterInnen erhielten im Allgemeinen weniger Land und kleinere Parzellen, als im A1-Modell vorgesehen war – oft unter der Mindestgrenze von 6 Hektar – und fast gar kein Land nach dem A2-Modell. Sie forderten daher nicht nur Zugang zu landwirtschaftlichen Nutzflächen, sondern auch Unterstützung in Form von Betriebsmitteln, Düngemittel, Saatgut, Diesel und Chemikalien, die die neuen Farmer erhielten. Die Forderung nach Wohnrecht besteht bereits seit der Kolonialzeit, denn der Anspruch von FarmarbeiterInnen war immer rechtlich schwach, so dass viele im Alter aus den Farmunterkünften vertrieben wurden.

2. Verbesserung der Arbeitsbeziehungen

Die FarmarbeiterInnen wollen ganz allgemein als wichtige Arbeitskräfte für die Wirtschaft Simbabwes anerkannt werden. In der kolonialen und postkolonialen Geschichte Simbabwes standen sie auf der untersten Stufe der Gesellschaft. Auch die regionalen Verwaltungsstrukturen (*rural district councils* RDCs) kümmerten sich mehr um die weißen Farmer als um deren FarmarbeiterInnen. Die Gestaltungsmöglichkeiten der RDC wurden durch die Zentralisierung der Abgabenerhebung für die Pacht und die Steuereinziehung geschwächt. Diese Struktur sollte überdacht und positiv genutzt werden: wenn die RDCs die Steuern selbst von den neuen Farmern einziehen würden könnten sie zum Beispiel Anreize in Form von Unterbrechungen der Pachtabgaben für diejenigen neuen Farmer schaffen, die ihren FarmarbeiterInnen bessere Leistungen bieten (Schulen, Gesundheitseinrichtungen etc.).

Die riesigen Entfernungen zwischen den großen, kommerziellen Farmen machte die Überwachung für die schlecht ausgestatteten RDCs nahezu unmöglich, sodass die FarmarbeiterInnen zwangsläufig der Willkür der mächtigen Farmer ausgeliefert waren. Nun besteht die Chance, diese Situation zu ändern, da sowohl der Staat als auch die RDCs ein großes Interesse an der Produktion, dem Management und vor allem der Einziehung der Pacht haben.

Empfehlungen für Entwicklungshilfeorganisationen und soziale Bewegungen

1. Zugang zu Bildung und Kenntnis der Rechte

Wenn die FarmarbeiterInnen sich organisieren und geeignete Unterstützung erhalten, können sie produktiver werden und mit den neuen FarmerInnen besser zusammenleben. Der Aus- und Weiterbildung kommt eine große Rolle in der Beseitigung von Spannungen und Konflikten zu. Wenn beide Parteien ihre Rechte kennen und ihre jeweilige Kultur tolerieren, könnten sie zu einer symbiotischen Beziehung werden. Neue soziale Beziehungen zu schaffen und aufzubauen erfordert ein gemeinsames Vorgehen aller wichtigen Akteure.

2. Zugang zur freiwilligen Registrierung der FarmarbeiterInnen

Den schwierigsten Aspekt bei der Regelung des Arbeitsmarkts in der Landwirtschaft stellt der Zugang zur freiwilligen Erfassung der FarmarbeiterInnen dar. Ein solches Melderegister bietet den Vorteil, sich einer Gruppe Gleichgesinnter zugehörig zu fühlen, die die gleichen Probleme und Rechtsansprüche haben. Aktuell gibt es keine solche Registrierung, weil Simbabwes zersplitterte Politik die Gewerkschaftsbewegung zerstörte. Die finanziellen Ressourcen vieler Agrar-Gewerkschaften verschlechterten sich sowohl durch die veränderten Landbesitzstrukturen als auch durch den damit einhergehenden Produktionsrückgang, der sich negativ auf die Industrie und die starken Arbeitergewerkschaften auswirkte. Damit FarmarbeiterInnen in Zukunft eine Plattform haben und ihrer Stimme Gehör verschaffen können, muss ein breit gefächerter Konsultationsprozess in Gang gesetzt werden. Nur so werden sie Tarifverhandlungen mit den neuen FarmerInnen führen können.

Um die Interessenvertretung für alte und neue FarmerInnen und ArbeiterInnen gleichermaßen aufzubauen, bedarf es einer fortschrittlichen und innovativen Politik, die darauf abzielt, die Interessen der FarmerInnen und die Existenzsicherung der FarmarbeiterInnen mit der Notwendigkeit, die Landwirtschaft voranzubringen und einen Beitrag zur Wirtschafts-

entwicklung des Landes zu leisten, in Einklang zu bringen. Zur Verbesserung der Arbeitsbeziehungen bedarf es aber gleichzeitig der Fähigkeit der FarmbesitzerInnen und der FarmarbeiterInnen, sich zu organisieren.

Die FarmarbeiterInnen benötigen Unterstützung, um sich in professionellen, gut koordinierten Organisationen, die sich ihrer Themen annehmen, zu vernetzen. Eine kollektive Vertretung der FarmarbeiterInnen und der neuen FarmerInnen trägt dazu bei, die Verhandlungsmacht zu stärken und Forderungen nach besseren Bedingungen, Transparenz und Verantwortlichkeit gegenüber lokalen und zentralen Regierungsstellen zum Durchbruch zu verhelfen.

***Prosper B. Matondi* ist Geschäftsführer von Ruzivo Trust, einer gemeinnützigen Organisation in Harare, Simbabwe. Die Organisation setzt sich für die Landwirtschaft sowie die Landverteilungspolitik ein und hat jahrzehntelang gründlich zu diesem Thema geforscht und eine Bestandaufnahme über die Landwirtschaft, den Fortschritt der Reformen und die Landarbeiter durchgeführt.**

1 Zimbabwe National HIV and AIDS Strategic Plan (2011–2015).
2 Zimbabwe National Statistics Agency. 2013. *Census 2012: National Report*. Harare.
3 Siehe http://www.worldbank.org/en/country/Simbabwe/overview
4 Government of Zimbabwe and FAO. 2012. *Country Programme Framework, 2012–2015.* Harare.
5 Chipika, J. and Kowero, G. 2000. Deforestation of Woodlands in Communal areas of Zimbabwe: Is it Due to Agricultural Policies? *Agriculture, Ecosystems & Environment.* Volume 79, Issues 2–3, pages 175-185.
6 World Bank. 2009. *Zimbabwe Agrarian Sector Baseline Information Study.* Harare.
7 Rutherford, B. 2013, Electoral Politics and a Farm Workers' Struggle in Zimbabwe (1999–2000), Journal of Southern African Studies, 39:4, 845-862, DOI: 10.1080/03057070.2013.858542
8 Rutherford, B.1996(1), Another Side to Rural Zimbabwe: Social Constructs and Administration of Farm workers in Urungwe District, 1940s, JSAS, 23(1);
9 Rutherford, B. 2008. 'Conditional Belonging: Farm Workers and the Cultural Politics of Recognition in Zimbabwe', Development and Change, 39, 1, pp. 73-99.
10 Rutherford, B. 1996(2). Traditions of Domesticity in "Modern" Zimbabwe Politics: Race, Gender and Class in the Government of Commercial Farm Workers in Hurungwe District, McGill University, Kanada.,
11 Rutherford, 2001. Working on the Margins: Black Workers, White Farmers in Postcolonial Zimbabwe, London and Harare: Zed Books and Weaver Press
12 Rutherford, B. 2013
13 Moyo Sam, 2011, Changing agrarian relations after redistributive land reform in Zimbabwe, Journal of Peasant Studies, 38:5, 939-966 http://dx.doi.org/10.1080/03066150.2011.634971
Chambati, Walter 2011, Restructuring of agrarian labour relations after Fast Track Land Reform in Zimbabwe, Journal of Peasant Studies, 38:5, 1047-1068, http://dx.doi.org/10.1080/03066150.2011.632088
14 Rutherford, R.1996(1), 23(1);
15 Moyo, S., et.al. 2000. Land Reform and Changing Social Relations for Farmworkers in Zimbabwe.
16 Matondi, P. B. 2012, Zimbabwe's Fast Track Land Reform Programme, London: Zed books.
17 Rutherford, 2001
18 „ZIMBABWE: NGO calls for focus on growing number of IDPs," IRIN, 16. Juli 2002.
19 Kanyenze, Godfrey. 2001. „Zimbabwe's Labour Relations Policies and the Implications for Farm Workers." *In* Dede Amanor-Wilks (ed.) *Zimbabwe's Farm Workers: Policy Dimensions.* Pp. 86-114. Lusaka: Panos Southern Africa.
20 Moyo, S., et.al. 2000. Land Reform and Changing Social Relations for Farmworkers in Zimbabwe.
21 Moyo Sam, 2011; Chambati, Walter 2011, Restructuring of agrarian labour relations after Fast Track Land Reform in Zimbabwe, Journal of Peasant Studies, 38:5, 1047-1068, http://dx.doi.org/10.1080/03066150.2011.632088
22 Chambati, Walter 2011
23 Matondi, P. B. 2001, The Struggle for Access to Land and Water Resources: The Case of Shamva District, PhD thesis, Department of Rural Development Studies, Swedish University of Agricultural Sciences, Uppsala, Sweden.
24 Sachikonye, L. M. 2003, "The Situation of Commercial Farm Workers after Land Reform in Zimbabwe", Bericht für FCTZ, Harare, S. 69.
25 Ruzivo Survey, 2007
26 Matondi, P. B. 2012.
27 Magaramombe (2001)
28 Amanor-Wilks, D., 1995, In Search of Hope for Zimbabwe's Farm Workers, Dateline Southern Africa and Panos Institute, Harare; Moyo, S., et.al. 2000, S. 181-202, ROAPE Publications Ltd; Sachikonye, L. M. 2003.
29 Magaramombe, G., 2003, "Resource Base and Farm Production: Farm Labour Relations Use and Needs", African Institute for Agrarian Studies Discussion Series Paper, Harare.
30 Mbetu, R and Musekiwa N. 2004, Farm Labour Conditions in the Post Land Reform Era: Livelihoods, Shortage and Instability, Farm Community Trust of Zimbabwe, Harare, Zimbabwe
31 Ruzivo Survey, 2004 und 2007.

Die sozioökonomische Situation der FarmarbeiterInnen in Sambia

Eine Fallstudie der Amatheon Agri Farm in Mumbwa

Mwenda M. Mumbuna, Henry Machina

Anhand einer Fallstudie soll der sozioökonomische Status von FarmarbeiterInnen in Sambia exemplarisch aufgezeigt werden. *Amatheon Agri Zambia Ltd.* wurde aufgrund ihrer Verbindung zu Deutschland ausgewählt. Die Fallstudie basiert auf Interviews mit 50 von 562 FarmarbeiterInnen der *Amatheon Agri Zambia Farm* mit Sitz in Mumbwa, der Zentralprovinz Sambias, die im Januar 2016 durchgeführt worden waren. Dabei wurden sowohl fest angestellte als auch saisonale Arbeitskräfte vorwiegend in Fokusgruppendiskussionen befragt und zusätzlich Interviews mit dem Betriebsleiter sowie Mitarbeitern der *Zambia National Farmers Union* (ZNFU) und der Gewerkschaft *Zambia Congress of Trade Unions* (ZCTU) geführt.[1]

Die Wirtschaft wächst – die Armut bleibt

Das Binnenland Sambia grenzt an acht Länder und genießt ein subtropisches Klima mit drei zu unterscheidenden Jahreszeiten: Die heiße und trockene Jahreszeit reicht von Mitte August bis Mitte November, die kalte Trockenzeit von Mai bis Mitte August und die Regenzeit von November bis April.

Die Einwohnerzahl von Sambia lag im Jahr 2013 bei rund 14,5 Millionen mit einem jährlichen Wachstum um 2,8 Prozent, wobei die ländliche Bevölkerung immer noch überwiegt. Die am dichtesten besiedelte Provinz ist Lusaka mit einer Bevölkerungsdichte von 100 Personen pro km^2. Die Nord-West-Provinz hingegen kommt mit der geringsten Bevölkerungsdichte gerade einmal auf 5,8 Personen pro km^2. Sambia hat 73 ethnische Gruppen mit sieben Hauptsprachen.

Sambia konnte im letzten Jahrzehnt ein stetiges Wirtschaftswachstum verzeichnen. Dies führte unter anderem dazu, dass die Weltbank 2011 Sambia als Land mit mittlerem Einkommen im unteren Bereich klassifizierte. Trotz dieser bemerkenswerten Entwicklung ist die sambische Gesellschaft geprägt von einer hohen Ungleichheit, die aus einer mangelhaften Umverteilung des Wirtschaftswachstums resultiert und von volatilen Rohstoffpreisen zusätzlich überlagert wird. Weiterhin wirken sich klimatische Schocks negativ auf die ohnehin gefährdete Ernährungssicherheit aus und HIV/AIDS sowie dessen Folgen und Auswirkungen gehören nach wie vor zu den größten menschenrechtlichen Herausforderungen der sambischen Gesellschaft und Politik.

Doch trotz dieser bemerkenswerten Entwicklung gehören die Ungleichheit, die aus der mangelhaften Umverteilung von erwirtschafteten Gewinnen aus dem Wirtschaftswachstums, Rohstoffpreisschwankungen, auf die Ernährungssicherheit sich negativ auswirkende klimatische Schocks sowie die negativen Auswirkungen von HIV und AIDS zu den größten menschenrechtlichen Herausforderungen. Die verbesserte Konjunktur hat also weder zur Reduzierung der Armut noch zu mehr Gerechtigkeit im Land beigetragen. Dass der Zugang zu finanziellen Ressourcen nach wie vor ungleich bleibt, verdeutlicht ein Gini-Koeffizient von 0.65 (2014). Während die gesamte Bevölkerung einer Reihe von wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, politischen und ökologischen Risiken ausgesetzt ist, sind die Armen davon besonders stark betroffen, da sie ihren Lebensunterhalt überwiegend in der Landwirtschaft verdienen. Sie sind daher besonders risikoanfällig für klimatische Schocks, Hungerperioden und Arbeitslosigkeit. Die bestehenden Sozialsicherungssysteme sind nicht in der Lage, trotz der positiven makroökonomischen Situation, durch Umverteilung Gerechtigkeit zu schaffen.

Außerdem sind trotz Wirtschaftswachstum keine neuen Arbeitsplätze geschaffen worden. Nach wie vor arbeiten 88,7 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung im informellen Sektor unter meist unwürdigen Arbeitsbedingungen und sind der charakteristischen Einkommensinstabilität ausgesetzt. Zu ihnen gehören auch die FarmarbeiterInnen. Sie alle sind von formalen, beitragsfinanzierten Sozialsicherungssystemen ausgeschlossen. Und die staatlichen Sozialsicherungssysteme, die gerade diesen Teil der Bevölkerung abdecken sollten, sind heillos unterfinanziert.[2]

Obwohl die Armutsquote in Sambia zwischen 2006 und 2010 leicht sank, stieg die absolute Zahl um 6,5 Prozent an, wobei die ländliche Armut (77,9 Prozent) dreimal so hoch ist wie die städtische Armut (27,5 Prozent). Gleichzeitig konzentriert sich die extreme Armut (57,7 Prozent in 2010) in den ländlichen Gebieten. Auch in Sambia hat Armut ein weibliches Gesicht und ist geprägt durch ein hohes Maß an Einkommensarmut und Ungleichheit. Schätzungsweise 62,3 Prozent der erwachsenen Bevölkerung ist finanziell ausgegrenzt und somit kaum in der Lage, sich aus der Armut zu befreien. Wiederum ist die ländliche Bevölkerung hier vergleichsweise stärker betroffen.

In ländlichen Gebieten hat ein großer Teil der Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen. Darüber hinaus sind für arme und bedürftige Haushalte wesentliche Grundleistungen wie Gesundheit und Bildung, die für eine volle Entwicklung des Humankapitals

notwendig sind, kaum zugänglich. Nur 36 Prozent der Haushalte in Sambia haben genug zu essen, 19 Prozent haben selten oder nie genug zu essen: ihre Ernährung ist chronisch unsicher. Sie verwenden fast ausschließlich Brennholz oder Holzkohle zum Kochen, deren Beschaffung sehr zeitaufwendig ist – Zeit, die dann für andere produktive Arbeit fehlt.

Dies alles verhindert die volle Ausschöpfung ihrer Potentiale, verfestigt Armut und überträgt sie auf die nächste Generation. Chronische Armut zerstört die Fähigkeit der Einzelnen, der Haushalte und Gemeinschaften, Katastrophen mit geeigneten Handlungsstrategien zu begegnen.

Obwohl die Menschen landwirtschaftliche Geräte und Möbel besitzen, werden diese Vermögenswerte normalerweise nicht mit Reichtum verbunden und können nicht als Sicherheit für Finanzierungen dienen. Auch wenn sie im Besitz ihrer Häuser sind, so haben doch die wenigsten Eigentumsurkunden für das Land, auf dem sie leben.

Der begrenzte Zugang zu Finanzmitteln und geringe Vermögensaufbau verhindern, dass die Menschen wirtschaftlich tätig werden, was wiederum das produktive Potential des ganzen Landes beeinträchtigt. Darüber hinaus hat ein Großteil der ländlichen Bevölkerung nur begrenzten Zugang zu Märkten oder Ressourcen, die ihre Produktivität und ihr Einkommen steigern würden.

Strukturelle Herausforderungen in der Landwirtschaft [3]

Sambias Wirtschaft wuchs in den letzten fünf Jahren durchschnittlich um sechs Prozent, wofür hauptsächlich der Bergbau, das verarbeitende und Baugewerbe sowie die Landwirtschaft verantwortlich zeichnen. Die Inflationsrate liegt derzeit bei 14,8 Prozent (November 2015). Die Währung ist aufgrund der globalen Krisen instabil, was sich ebenso wie der chronische Energiemangel negativ auf Produktion im Bergbausektor auswirkt. Seit der Unabhängigkeit 1964 ist Kupfer für mehr als 70 Prozent der Deviseneinnahmen verantwortlich. Die Dominanz des Bergbaus hat zu einem Mangel an wirtschaftlicher Diversifizierung beigetragen. Landwirtschaft hätte ein enormes Potenzial, das Wirtschaftswachstum anzutreiben. Fast 60 Prozent der Landmasse sind landwirtschaftlich nutzbar, aber nur auf 14 Prozent wird derzeit Landwirtschaft betrieben. Und obwohl Sambia einen der höchsten Pro-Kopf-Vorräte an Wasser in der Welt aufweist, werden weniger als ein Prozent der Ackerfläche bewässert.

Der Staat hat sich dazu verpflichtet, mindestens zehn Prozent des Haushalts für die Landwirtschaft einzusetzen, damit diese mindestens sechs Prozent zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) beitragen kann. Derzeit hängt von ihr die Existenz von mehr als 70 Prozent der Bevölkerung ab; 78 Prozent der Frauen und 69 Prozent der Männer in Sambia sind in der Landwirtschaft beschäftigt.

Die Liberalisierung der Wirtschaft in den 1990igern hat dazu geführt, dass Kleinbauern im Namen von Investitionen von ihrem Land vertrieben wurden. Seit der Unabhängigkeit im Jahr 1964 konzentrierte sich die Agrarpolitik allein auf Mais und versäumte auch hier eine Diversifizierung. Weitere Gründe für die geringe Produktivität in der Landwirtschaft und damit für Armut und schlechte Ernährung sind die geringe Qualität der Beratungsdienste, unzureichender Marktzugang und fehlende Entwicklung der Infrastruktur, sowie schlechte Handhabung und Verarbeitung der Ernte. Dies sind Folgen der unzureichend bereitgestellten und verwendeten Haushaltsmittel für den Agrarsektor.

Die größten Arbeitgeber in der Landwirtschaft sind die Tabak-, Gemüse- und Blumenproduzenten. Diese Sektoren schaffen vor allem für Ungelernte Arbeitsplätze, die entweder als permanent, saisonal oder Gelegenheitsarbeit [4] kategorisiert werden. Diese Klassifikationen richten sich nach den Fähigkeiten und Erfahrungen der Arbeitenden. GelegenheitsarbeiterInnen erhalten in der Regel Verträge zwischen vier und sieben Monaten. Ihre tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden werden täglich erfasst und am Monatsende abgerechnet. Ihre Löhne sind so gering, dass sie sich in der Regel kein Land kaufen können, stellte ein Vertreter der Farmervereinigung ZNFU im Interview fest. Oft ist es aber ArbeiterInnen auf den kommerziellen Farmen erlaubt, Land für den Eigenanbau zu nutzen.

In Sambia gibt es rund 30 Gewerkschaften. Im Agrarsektor vertritt die *Zambia National Farmers Union* (ZNFU) in erster Linie die Interessen der Landwirte und arbeitet eng mit dem Interessenverband der Farmer *Zambia Farm Workers Employers Association* zusammen. Der Verband handelt mit den Farmarbeitergewerkschaften [5] Löhne aus mit dem Ziel, ein Gleichgewicht herzustellen zwischen dem, was die Farmer bezahlen können und dem, was die ArbeiterInnen zum Leben brauchen. Der Tarifvertrag wird vom Arbeitsministerium unterzeichnet. Die Arbeitgeber sind aufgefordert, mehr als das vereinbarte Lohnniveau zu zahlen, denn dies kann durchaus unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns liegen. ZNFU

begründet dies mit den zusätzlichen Leistungen die die FarmarbeiterInnen erhalten, wie Lebensmittelrationen (Mais, Gemüse), Transport zur Schule, farmeigene Schulen oder Gesundheitszentren. Vielen FarmarbeiterInnen bleibt aufgrund fehlender Alternativen nichts anderes übrig, als die niedrigen Löhne zu akzeptieren, zumal die Zusatzleistungen von den Farmern freiwillig geleistet werden und nicht nachprüfbar scheinen. Dies verdeutlicht, wie mächtig die kommerziellen Farmer sind, um die Regierung zu solch niedrigen Löhnen zu zwingen, während die meisten anderen Arbeitgeber staatliche Mindestlöhne akzeptieren müssen.

Amatheon Agri Zambia[6]

Amatheon Agri Sambia Limited (vormals *Big Concession Agriculture Ltd.*) ist ein in Sambia registriertes Unternehmen für landwirtschaftliche Produktion, Lebensmittelverarbeitung und Vermarktung. Das sambische Unternehmen gehört zu Agroinvestment Amatheon Agri Deutschland BV mit Sitz in Berlin. Amatheon beabsichtigt, in dem etwa 56 Kilometer nördlich von Mumbwa liegenden *Big Concession Farming Block*[7] bis zu 60.000 Hektar Land von privaten Eigentümern zu erwerben und diese in Phasen über einen Zeitraum von fünf Jahren jeweils bis zu 10.000 Hektar zu bewirtschaften. Von den bisher erworbenen 39.000 Hektar bewirtschaftet Amatheon allerdings nur 2.800 Hektar. Die Farm ist umgeben von den extrem armen Chiefdoms Kabulwebulwe, Mumba und Kaindu. Regional wurden besonders zu Beginn während der Bodenvorbereitung, Bau- und Inbetriebnahme viele Arbeitsplätze geschaffen. Derzeit werden zwei Dämme zur Bewässerung gebaut. Auf der hochmechanisierten Farm werden hauptsächlich Mais und Sojabohnen angebaut und derzeit 1.245 Rinder gehalten. Die Produkte werden auf dem lokalen Markt verkauft – zu den wichtigsten Aufkäufern des Rindfleisches zählt die *Real Meat Company* in Lusaka. Ziel des Unternehmens ist der Export in Nachbarländer wie der Demokratischen Republik Kongo, Namibia und Simbabwe. Trotz der hohen Mechanisierung werden ArbeiterInnen für bestimmte Bodenarbeiten, Weiterverarbeitung oder das Füttern der Tiere gebraucht.

Schaut man sich die Ernährungssicherheit an, so können FarmarbeiterInnen grundsätzlich in zwei Hauptkategorien unterteilt werden. Zunächst gibt es die ArbeiterInnen, die gleichzeitig auch selbst Kleinbauern oder Subsistenzlandwirte

Gerodete Flächen auf der Amatheon Agri Farm stehen bereit für die Aussaat

Rinderzucht auf der Amatheon Agri Farm

Farmarbeiter werden zurück nach Mumbwa transportiert

Die ersten fertigen Häuser für festangestellte ArbeiterInnen

sind. Sie wohnen in den Chiefdoms, die sich in der Nachbarschaft von kommerziellen Farmen befinden und haben über die traditionellen Strukturen[8] Zugang zu landwirtschaftlicher Anbaufläche. Ihre größte Herausforderung ist die Bereitstellung der für den Anbau erforderlichen Mittel (Kompetenz, Weiterverarbeitung, Marktzugang, Arbeitskräfte). Diese Kleinbauern haben die Möglichkeit, über eine Art Vertragsanbau (*out grower scheme*) Samen von Amatheon zu erwerben. Das Amatheon Management betont allerdings, dass die Bauern nicht daran gebunden seien, die Ernte ausschließlich an Amatheon zu verkaufen, sondern dies frei tun könnten, solange sie ihre Kredite zurückzahlen würden. Diese werden ihnen vom Lohn abgezogen. Unter die zweite Kategorie fallen diejenigen FarmarbeiterInnen, die in der Stadt Mumbwa leben. Sie sind keine Bauern und haben auch keine Intension oder Möglichkeit, welche zu werden und sind daher abhängig von der Erwerbsarbeit. Umso wichtiger ist für sie ein geregeltes und ausreichendes Einkommen, mit dem sie ihre Familien ernähren können.

Situation der ArbeiterInnen auf der Amatheon Farm

Zum Zeitpunkt der Studie[9] beschäftigte Amatheon 562 ArbeiterInnen. Unter den 244 permanent beschäftigten waren 221 Männer und 23 Frauen. Auch bei den 318 GelegenheitsarbeiterInnen war die überwiegende Mehrzahl männlich (253). Die ArbeiterInnen beider Gruppen sind im Alter zwischen 25 und 31 Jahren. Die Zahl der Beschäftigten schwankt je nach Arbeitsanfall und erreicht zu Spitzenzeiten (November bis Januar) 800 ArbeiterInnen, wovon zwischen 300 und 600 GelegenheitsarbeiterInnen sind, die täglich auf die Farm strömen. Die Studie wurde zu einer dieser Stoßzeiten durchgeführt, was einerseits ein Nachteil war, da die Arbeiterinnen wenig Zeit für die Interviews aufbringen konnten. Andererseits konnten die Researcher aber auch mit eigenen Augen sehen, unter welchen Bedingungen die große Zahl der GelegenheitsarbeiterInnen auf der Farm arbeiten.

Die Vertragsdauer macht den Unterschied

Die Bedingungen, unter welchen die Angestellten arbeiten müssen, variieren je nach Vertrag sehr stark. So haben diejeni-

gen mit festen Verträgen zwar eine Befristung auf zwei Jahre und eine sechsmonatige Probezeit, der Vertrag kann aber durchaus verlängert werden. Sie arbeiten in der Regel von morgens sieben bis abends fünf Uhr mit eine Stunde Mittagspause, an Samstagen bis 12:30 Uhr. Überstunden werden bezahlt. Sie haben eine betriebliche Lebens- und Unfallversicherung. Der Arbeitgeber übernimmt sämtliche Kosten einer Beerdigung, der medizinischen Versorgung auch des Ehepartners und für drei leiblicher Kinder, stellt die Unterkunft am Arbeitsplatz und zahlt in den *Workers' Compensation Fund*[10]. Die ArbeiterInnen erhalten zwei Bruttogehälter als Bonus für jedes vollendete Dienstjahr sowie 24 Tage bezahlten Urlaub pro Kalenderjahr. Darüber hinaus erhalten sie eine wöchentliche Lebensmittelrationen und das Unternehmen bezahlt ihnen Strom und Wasser.

Demgegenüber haben SaisonarbeiterInnen oder temporär beschäftigte höchstes einen Vertrag über sechs Monate. Ihre Arbeitszeit wird frei verhandelt und sie werden nach geleisteten Stunden bezahlt. Außerdem haben sie nur Anspruch auf eine halbstündige Mittagspause. Die GelegenheitsarbeiterInnen beklagen, dass das Mittagessen, das sie erhalten, oft nicht ausreicht. Sie erhalten keine der oben aufgeführten Sozialleistungen. Viele von ihnen haben weder eine Kopie ihres Vertrages noch erhalten sie eine schriftliche Gehaltsabrechnung, so dass sie nicht sehen können, was vom Lohn einbehalten wird – wie zum Beispiel die Kosten für Saatgut. Die Personalabteilung von Amatheon scheint hier unterbesetzt und überfordert zu sein, diesen einfachen Anforderungen gerecht zu werden.

Die Befragungen ergaben, dass viele der ArbeiterInnen nicht ausreichend – ein Drittel sogar überhaupt nicht – über ihre Rechte und die Leistungen des Unternehmens Bescheid wissen.

Die Bezahlung variiert stark einerseits nach Art des Vertrags, andererseits aber auch nach Art der Beschäftigung. Trotzdem ist signifikant, dass Saison- oder GelegenheitsarbeiterInnen weniger verdienen als fest angestellte ArbeiterInnen für dieselbe Arbeit.

"Wir Gelegenheitsarbeiter arbeiten viel über viele Stunden hinweg. Doch wir werden nur schlecht bezahlt, verdienen nur 900 Kwacha (rund 87 €). Und davon wird auch noch etwas abgezogen, so dass wir mit nur sehr wenig nach Hause gehen. Warum ist das so, dass die Gelegenheitsarbeiter die schwerste Arbeit verrichten und am wenigsten bezahlt bekommen? Es ist wichtig, dass Sie unserem Arbeitgeber sagen, sie sollen an uns denken, in dem sie unsere Löhne so erhöhen, dass wirklich etwas Sinnvolles dabei herauskommt." (Gruppendiskussion mit Amatheon FarmarbeiterInnen).

Wohnsituation

Einige der schlecht bezahlten Festangestellten sind in festen Wohnbarracken untergebracht, getrennt nach Geschlecht. Doch die meisten leben immer noch in Zelten, weil die Verwaltung nur langsam mit dem Häuserbau vorankommt. Da diese Wohnsituation es nicht zulässt, mit der Familie zusammen zu wohnen, haben sich einige ArbeiterInnen in den umliegenden Farmen illegal Hütten gebaut.

Die Situation der Saison- und GelegenheitsarbeiterInnen unterscheidet sich hiervon schon allein aus dem Grund, da sie nicht auf der Farm wohnen. Sie werden jeden Tag von einem Treffpunkt aus in offenen Lastwagen zur Farm transportiert. Da der täglich zurückgelegte Weg 100 Kilometer betragen kann – die Entfernung zum Kaindu Chiefdom beträgt etwa 30 Kilometer, nach Mumbwa sind es 56 – müssen die ArbeiterInnen oft schon um drei Uhr aus dem Haus und kommen erst um 22 Uhr zurück. In mehrfachem Sinne eine unzumutbare Situation, da sie einerseits auf den Lastwagen keinerlei Schutz vor Regen oder Kälte haben, andererseits nach Arbeitsende bis zu zwei Stunden auf das Transportmittel warten müssen, ohne dies kompensiert zu bekommen. Und das, nachdem sie mindestens zehn Stunden harte Arbeit hinter sich haben. Hier liegt sicher auch ein Grund, warum so wenige der GelegenheitsarbeiterInnen Frauen sind. Für sie ist es aus Sicherheitsgründen fast unmöglich, so früh das Haus zu verlassen. Diese Situation ist nicht nur in Bezug auf Arbeitnehmerrechte problematisch, sondern hat auch einen negativen Einfluss auf die Produktivität des Betriebes. Daher müsste die Beseitigung der Missstände im ureigenen Interesse von Amatheon liegen.

Viele der GelegenheitsarbeiterInnen wohnen besser, als die oben beschriebenen ArbeiterInnen auf der Farm selbst. Diejenigen, die jeden Tag aus der Stadt herkommen, haben vor Ort zumindest feste Häuser. Leben sie auf dem Land, so gehört ihnen zum Teil das Haus und sie haben die Möglichkeit, zusätzlich Land zu bewirtschaften und Mais, Baumwolle oder Gemüse anzubauen. Einige besitzen auch Hühner. Dies

ist für das Überleben der Familien von GelegenheitsarbeiterInnen dringend nötig, da die Löhne nicht für die Ernährung eines Jahres ausreichen würden.

Arbeitsbedingungen

Für die festangestellten ArbeiterInnen, die auf der Farm selbst wohnen, sind Zugang zu Wasser und sanitären Einrichtungen kein Problem. Wohl aber für die GelegenheitsarbeiterInnen, die bis zu 18 Stunden außer Haus verbringen. Sie werden zwar mit Trinkwasser versorgt, nach Angaben der ArbeiterInnen aber nur sehr ungenügend und in unwürdiger Weise, so dass Ältere oder Frauen bei dem Gerangel oft leer ausgehen und auf die nächste Ration warten müssen. Eine adäquate Versorgung sollte für ein Unternehmen wie Amatheon eigentlich kein Problem darstellen. Noch dramatischer aber stellt sich für sie das Fehlen von Toiletten dar. Hier sind besonders die Frauen negativ betroffen, da es als unschicklich gilt, wenn sie dabei beobachtet werden, wie sie in die Büsche gehen.

"Wir arbeiten viele Stunden hier auf der Farm. Wenn wir die Wurzeln heraushacken, nachdem die Maschinen die großen Bäume entwurzelt haben, stehen uns keine Toiletten zur Verfügung. Wir müssen in die nahe gelegenen Büsche und können dabei leicht gesehen und beobachtet werden. Das ist für eine Frau in unserer Kultur nicht gut. Wir verlieren unsere Würde. Die Manager dieser Farm müssen dies ändern, sie müssen uns auch als menschliche Wesen behandeln. Wir bekommen als Frauen nicht mal den Muttertag bezahlt. Wenn wir unsere monatlichen Probleme haben, müssen wir ohne Bezahlung zuhause bleiben. Beginnen die Beschwerden während der Arbeit so müssen wir warten, bis wir spät am Abend nach Hause transportiert werden. Es gibt keinen extra Transport zur Klinik und auf der Farm gibt es auch keine medizinische Einrichtung." (Gruppendiskussion mit Farmarbeiterinnen)

Wie bereits eingangs erwähnt, sind nur wenige Frauen auf der Farm beschäftigt: nur 0,9 Prozent der permanenten und 0,2 Prozent der saisonal beschäftigten sind Frauen. Der Hauptgrund, so Amatheon, sei die hohe Mechanisierung der Farm und die Schwere der Arbeit. Das Unternehmen besitzt keine Genderpolitik, obwohl sie sich des Problems bewusst ist. Amatheon richtete zwar im Rahmen ihrer *Corporate Social Responsibility* Förderprogramme und Weiterbildungsmaßnahmen für Frauen ein, doch es bedarf der Veränderung von strukturellen Faktoren sowohl im Management selbst als auch in den kulturellen Normen der Bevölkerung. Letzteres liegt zwar außerhalb des Einflussbereichs von Amatheon, sie könnte aber durchaus mit der Entwicklung entsprechender Strategien einen Beitrag zur Gendergerechtigkeit leisten.

In ihrer Umweltverträglichkeitserklärung verpflichtet sich Amatheon, Gesundheits- und Arbeitsschutzstandards für seine Arbeiter zu beachten. Demnach müssten die ArbeiterInnen mit Arbeitsanzügen, Regenmänteln und Sicherheitsschuhen versorgt werden. Doch die wenigsten der GelegenheitsarbeiterInnen erhalten dies.

"Wenn man schaut, welche Art von Arbeit, wir hier machen, sieht man, dass wir ein Sicherheitsproblem haben. Unsere Arbeit ist sehr anstrengend und gefährlich, wie zum Beispiel die Baumwurzeln aus dem Boden heraushacken. Dafür haben wir aber keine Arbeitskleidung oder Sicherheitsschuhe. Wenn wir die Verwaltung fragen, vertröstet die uns immer auf später. Wie Sie selbst gesehen haben, hat kaum jemand von uns anständige Schuhe. Wir müssen schauen, wie wir uns behelfen." (Gruppendiskussion mit FarmarbeiterInnen)

Bei Arbeitsunfällen ist laut Aussage der ArbeiterInnen die Entschädigungsregelung sehr unbefriedigend. Unklar scheinen die Absprachen mit der zuständigen staatlichen Stelle, dem *Workers' Compensation Fund Control Board* zu sein. Viele werden immer wieder hin und her geschickt, bevor ihr Fall bearbeitet wird.

"Ich hatte einen Zweijahresvertrag, wurde bei der Arbeit verletzt und verlor meine Hand. Ich ging ins Krankenhaus zur Behandlung. Für die Entschädigungszahlung verwies mich das Management auf den Workers' Compensation Fund ***in Lusaka. Es war schwierig für mich dauernd nach Lusaka zu fahren, aber ich bin dran geblieben. Da ich viel Zeit verloren habe, hat das Management meinen Vertrag beendet. Ich erhielt aber einen neuen Vertrag für leichte Arbeiten auf der Farm. Ich erhielt eine Entschädigung in Höhe von K275 (26 €) pro Monat. Das ist zu wenig, um den Verlust meiner Hand auszugleichen. Sie müssen dem Management sagen, dass sie etwas zur***

Verbesserung für mich und andere Menschen in meiner Situation tun müssen."

Amatheon Farm hat einen Ersthelfer sowie eine Beratungsstelle für HIV/AIDS eingerichtet, die zweimal pro Woche arbeitet. Diese Dienstleistungen sind für alle ArbeiterInnen während der Arbeitszeit zugänglich und werden von den meisten von ihnen geschätzt. Allerdings gibt es darüber hinaus keine weitere medizinische Versorgung auf der Farm. Das nächste erreichbare Gesundheitszentrum wäre das 30 Kilometer entfernte in Kaindu oder das Mumbwa District Hospital. Obwohl die Farm groß genug dafür wäre, hat Amatheon bisher kein Gesundheitszentrum unter Vertrag. Es gibt zwar Pläne, eine Schule und ein Gesundheitszentrum zu bauen und einen Notfallplan für die Evakuierung zu haben, doch dafür gibt es bisher keinen klaren zeitlichen Rahmen. Dies ist ein unhaltbarer Zustand für die meisten ArbeiterInnen, besonders jedoch für GelegenheitsarbeiterInnen. Denn obwohl der Transport im Krankheitsfall theoretisch zur Verfügung gestellt wird, ist oft keiner verfügbar und die Kranken müssen auf den offenen Lastwagen am Abend warten.

Eine Krankenversicherung besitzen nur die festangestellten ArbeiterInnen, doch sie nehmen diese nach eigenen Angaben kaum in Anspruch, weil sie nicht praktikabel sei. Das zuständige Unternehmen hat seinen Sitz in Lusaka und betreut hauptsächlich dort ansässige ArbeiterInnen. Amatheon hat darauf reagiert und erstattet nun die Ausgaben in jeder für die ArbeiterInnen erreichbaren Gesundheitseinrichtung. Das bedeutet aber, dass die ArbeiterInnen in Vorleistung treten müssen.

Die FarmarbeiterInnen sind nicht gut organisiert. Die meisten der Befragten, insbesondere die saisonal Beschäftigten, wussten nicht, ob ihre Interessen durch eine gewerkschaftliche Organisation vertreten werden und wenn ja von welcher. Die zuständige Gewerkschaft wäre die *National Union of Plantation, Agriculute and Allied Workers* (NUPAAW).

Empfehlungen, die sich aus der Studie für die Weiterarbeit ergeben

- Zambia Land Alliance (ZLA) sollte mit ihren Mitgliedern und Partnern, die in Nachbarschaft von der Amatheon-Farm leben, zu Landrechten von FarmarbeiterInnen arbeiten. Dies würde den potentiellen ArbeiterInnen nicht nur den Zugang

Farmarbeiterinnen beim Gespräch mit dem Team von ZLA

FarmarbeiterInnen auf dem Weg zur Mittagspause

zu Informationen verschaffen, sie könnten sich auch in die Landreform einbringen sowie ihre Möglichkeiten verbessern, um politische Veränderungen zu beeinflussen.

- Amatheon muss internationale Mindeststandards bei der Behandlung seiner Mitarbeiter einhalten. Dazu gehört auch, dass alle ArbeitnehmerInnen Arbeitsverträge unterzeichnen und eine Kopien davon sowie ihre Lohnzettel erhalten. Dafür muss die Personalabteilung adäquat ausgestattet werden.
- Das Management muss den Transport der ArbeiterInnen, die nicht auf der Farm wohnen, zeitnah organisieren oder sie für die Wartezeit entschädigen.
- Amatheon muss in geeigneten Transport wie beispielweise überdachte LKWs oder Busse investieren. Dies würde zur Verringerung von Stress, der durch das Pendeln zwischen ihren Häusern und der Farm entsteht, beitragen.
- Das Management muss die permanente Versorgung mit Trinkwasser sicherstellen. Dies liegt durchaus im Rahmen ihrer Möglichkeit.
- Die ArbeiterInnen müssen Zugang zu Toiletten erhalten. Dabei ist es sinnvoll, die möglichen Maßnahmen und Alternativen vorher mit den VertreterInnen der ArbeiterInnen zu besprechen.
- Es braucht umgehend ein Gesundheitszentrum auf der Farm, um Gesundheitsrisiken zu reduzieren.
- Die ungleiche Behandlung von fest angestellten und ArbeiterInnen mit kurzen Befristungen hinsichtlich Mittagspause und Bezahlung muss eingestellt werden.
- Das Management von Amatheon sollte für Forschende angemessene Informationen über die landwirtschaftliche Produktion und das Umsatzniveau bereitstellen. Solche Informationen sind wichtig, um die Beziehung zwischen Rentabilität des Betriebs und Lohnniveau für FarmarbeiterInnen zu bestimmen.
- Das Unternehmen sollte eine Gender-Politik entwickeln, um lang- und kurzfristige Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zu adressieren. Dies würde die Bevorzugung von Frauen bei der Stellenbesetzung ebenso beinhalten können wie die Investitionen in die Ausbildung von Frauen in landwirtschaftlichen Tätigkeiten.

***Mwenda M. Mumbuna*, Mitglied des Organisational Development Institute of Zambia, schreibt derzeit seinen Master in Geografie an der University of Zambia und promoviert gleichzeitig an der Copperbelt University. Er verfügt über Kenntnis in Betriebs- und Rechtswirtschaft ebenso wie in Management und Evaluierungsprozessen.**

***Henry Machina* war 14 Jahre lang Geschäftsführer von Zambia Land Alliance (ZLA). Sein Schwerpunkt lag in der Etablierung und Verteidigung von Landrechten für die Armen. ZLA ist eine Netzwerkstruktur, die vor allem Lobby- und Advocycyarbeit und Recherchen für ihre Mitgliedsorganisationenübernimmt.**

Quellen

African Development Fund, Republic of Zambia, Multi-Sector Country Gender Profile, Agriculture and Rural Development, North East and South Region, (Onar), April 2006.

Chapoto A, Sitko N.J (ed) (2015): Agriculture in Zambia, Past, Present and Future, Indaba Agricultural Policy Research Institute, Lusaka.

Government of the Republic of Zambia, Central Statistics Office (2012): Living Conditions Monitoring Survey Report 2006 & 2010. Lusaka.

Government of the Republic of Zambia, Central Statistics Office (2012): Census 2010. Lusaka.

Lwanda G., van Ufford P.Q.: Addressing the multiple dimensions of Poverty and Inequality in Zambia. UN Zambia Signature Issues Series - # 1, June 2013 Zambia. United Nations Country Team, Zambia, 2013

Ministry of Agriculture and Livestock, (2013): National Agricultural Policy. Ministry of Agriculture and Livestock, Independence Avenue, Mulungushi House, P.O. Box 50197, Lusaka, ZAMBIA, December 2013

Republic of Zambia, Ministry of Agriculture and Co-Operatives, National Agricultural Policy (2004 – 2015), October 2004.

1 Die deutsche Fassung beschäftigt sich ausschließlich mit der Situation der Arbeiter auf der Farm selbst, nicht mit den grundsätzlichen Lebensbedingungen der umliegenden Kleinbauern, die ebenfalls in den englischen Teil mit eingeflossen sind und ein breiteres Bild über die Situation der Landbevölkerung Sambias insgesamt zeichnet.
2 UNDP 2013
3 Siehe Chapoto and Sitko, 2015
4 SaisonarbeiterInnen und GelegenheitsarbeiterInnen werden in der Studie im Folgenden unter dem Begriff „GelegenheitsarbeiterInnen" zusammen beschrieben.
5 Gewerkschaft der Plantagen- Farmarbeiter *National Union for Plantation, Agriculture and Allied Workers*; Gewerkschaft der Arbeiter in der Zuckerindustrie *Zambia Union of Sugar Industry and Allied Workers*; Gewerkschaft des Bereichs Getreide und Fleisch *Grains and Meat Workers Union of Zambia*

6 Siehe auch http://www.fian.org/fileadmin/media/publications/13_12_FIAN_Zambia_EN.PDF, S. 10
7 Eine *Farming Block* ist eine landwirtschaftlich ausreichend große Fläche, auf der die Infrastruktur für die Landwirtschaft wie Zubringerstraßen, Strom und Wasser für die Bewässerung und Kommunikationseinrichtungen zur Verfügung gestellt werden.
http://www.afdb.org/en/projects-and-operations/project-portfolio/project/p-zm-aac-005/
Der Farmblock war bereits in staatlicher Hand, so dass die FarmarbeiterInnen keinerlei Landrechte gelten machen können.
8 Siehe dazu http://woek.de/web/cms/upload/pdf/kasa/publikationen/kasa_2012_land_ist_leben_landrechte_in_sambia.pdf
9 Die Befragungen fanden im Januar 2016 statt
10 Der Fond zahlt eine Vergütung im Falle eines Unfalls oder Krankheiten

Sambia

Südafrika

Namibia

Simbabwe

Impressum

Redaktion: Simone Knapp unter Mitarbeit von Renate Of
und Katrin Mauch

Titelbild: Haus eines Farmarbeiters, Wonderfontein, Südafrika
Rückseite: Fahrt ins Ungewisse – Immanuel Xoagub mit Frau, Namibia

Bilder: S. Knapp (Titelbild, S.6, 9u, 10, 32),
T. Schütte (S.16, 19, 20, Rückseite),
P. Matondi (S.28, 31),
C. Selz (S. 9o), ZLA (S. 39, 40, 43)

KASA – Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika
Im WeltHaus Heidelberg
Willy-Brandt-Platz 5
69115 Heidelberg
Telefon: (06221) 4 33 36-12
Telefax: (06221) 4 33 36-29
E-Mail: kasa@woek.de

Bankverbindung:
KASA c/o Werkstatt Ökonomie
GLS Bank
IBAN DE39 4306 0967 8018 8516 00

Heidelberg, Mai 2016
Konzept & Layout: Bettina Bank, Heidelberg
Druck: lokay, Reinheim

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des BMZ

RECYCLED
Papier aus Recyclingmaterial
FSC® C019545

klimaneutral
gedruckt

„Rassismus drückt sich nicht nur in dem aus, was Menschen sagen, sondern auch durch das, was sie anderen antun, um ihre Menschlichkeit zu schmälern und um sie dadurch entweder auszubeuten oder auszulöschen."

Prof. Tinyiko Maluleke